

Ilse Fischer

„Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde“ – das theoretische Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) 1924 – 1933

„Die Gewerkschaftsbewegung bedarf neuer Waffen. Auch die Technik des gewerkschaftlichen Kampfes ist eine andere geworden. [...] Die Gewerkschaftsführer in den paritätischen Wirtschaftskammern, in den Schlichtungsausschüssen, in den Parlamenten der Gemeinden und der Länder müssen in vielen Sätteln gerecht sein, um den Spezialisten, die ihre wirtschaftlichen und sozialpolitischen Gegner ihnen entgegenstellen können, sachlich überlegen zu sein. [...] Für die Verwirklichung dieser großen Aufgabe muss die wissenschaftliche Zeitschrift der Gewerkschaftsbewegung mit den Wirtschaftsschulen, mit der Akademie der Arbeit, mit den von den einzelnen Verbänden selbst errichteten Schulen zusammenwirken, damit das gewerkschaftliche Bildungswesen in der Richtung dieser Ziele ausgebaut wird. Vor allem aber muss „Die Arbeit“ durch die Qualität der Aufsätze, die sie ihren Lesern bietet, den Geist wissenschaftlicher Sachlichkeit wecken und ausbilden, dessen die Gewerkschaften neben dem festen Willen, ihre grossen wirtschaftlichen, kulturellen und sittlichen Ziele durchzusetzen, in erster Linie bedürfen, wenn sie sich gegenüber ihren Gegnern erfolgreich behaupten wollen. Eine wissenschaftliche Zeitschrift hat andere Aufgaben zu erfüllen als eine Verbandszeitung [...]. Die Fragen der Taktik, der Propaganda treten bei ihr zurück hinter der freien Erörterung der theoretischen und praktischen Probleme, mit denen sich die Gewerkschaftsbewegung in ihrem vielseitig erweiterten Aufgabenbereich auseinandersetzen hat. Diese Arbeitsteilung ist notwendig. Nur sie ermöglicht es der Zeitschrift, ihrem Zweck zu genügen, für die praktischen Ziele der Gewerkschaftsbewegung das theoretische Fundament zu legen.[...]“

Aus einem Werbeprospekt für „Die Arbeit“, 1925¹

¹ Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (AdsD), Nachlass Lothar Erdmann, 1/LEAA000040.

Die Gründung der Zeitschrift

Im Juli 1924 gab der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB), der Dachverband der Freien Gewerkschaften, der 1919 als Nachfolger der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gegründet worden war, eine neue Monatszeitschrift heraus. Sie trug den Titel: „Die Arbeit. Zeitschrift für Gewerkschaftspolitik und Wirtschaftskunde“. Herausgeber war der ADGB-Vorsitzende Theodor Leipart², die redaktionelle Leitung übernahm Lothar Erdmann³. Die neue Zeitschrift sollte ein Diskussionsforum für die Auseinandersetzung mit theoretischen und politischen Fragen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung bilden und damit die Grundlage für die gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Initiativen des ADGB und die Forderungen der Gewerkschaften an die staatliche Arbeits- und Sozialpolitik liefern.

In Deutschland existierten zu dieser Zeit Richtungsgewerkschaften; die Freien Gewerkschaften bzw. der ADGB waren personell und inhaltlich eng mit der Sozialdemokratie verbunden. Während die Arbeiterorganisationen im Kaiserreich noch hart um ihre Anerkennung als Tarifparteien kämpfen mussten, verfügten sie in der Weimarer Republik immerhin über in der Verfassung verankerte Rechte. Zudem fielen ihnen neue gesellschaftliche und – in den Anfangsjahren der Republik auch eher unfreiwillig – politische Funktionen zu. Schon während des Ersten Weltkriegs waren die Gewerkschaften durch die Einbindung in die Kriegswirtschaft zu Partnern des Staates geworden – Aufgaben, die sie – in der Hoffnung auf Kompensationen in Form staatlich garantierter Rechte – durchaus auch angestrebt hatten.

Die Revolution von 1918 brachte den Gewerkschaften die Erfüllung einiger zentraler Forderungen, z.B. die Einführung des Acht-Stunden-Tags und die gesetzliche Verordnung über Tarifverträge. Das nach dem Zusammenbruch im November 1918 unterzeichnete (allerdings nie unumstrittene) Abkommen über die Zentralarbeitsgemeinschaft (ZAG), in der sich Gewerkschaften und Unternehmer in paritätisch besetzten Gremien zur Regelung sozialer und wirtschaftlicher Fragen zusammenfanden, bildete einen Höhepunkt in dem langjährigen Ringen um gesellschaftliche und rechtliche Anerkennung. Die Weimarer Verfassung schrieb in Artikel 165 fest, dass die Gewerkschaften zusammen mit den Unternehmern nicht nur gleichberechtigt an der Regelung der

² Zur Biographie Leiparts vgl. Ulla Plener: Theodor Leipart. Persönlichkeit, Handlungsmotive, Wirken, Bilanz – ein Lebensbild mit Dokumenten (1867 – 1947), 1. Halbbd.: Biographie, Berlin 2000, 2. Halbbd.: Dokumente, Berlin 2001.

³ Zu Lothar Erdmann vgl. Ilse Fischer: Versöhnung von Nation und Sozialismus? Lothar Erdmann (1888 – 1939: Ein „leidenschaftlicher Individualist“ in der Gewerkschaftsspitze. Biographie und Auszüge aus den Tagebüchern. Mit einer CD-ROM (Archiv für Sozialgeschichte, Beiheft 23), Bonn 2004; Hans O. Hemmer: Für das eine Deutschland. Zur Erinnerung an Lothar Erdmann, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 39. Jg., Heft 10, 1988, S. 614 – 629; Doris Schröder: Lothar Erdmann, in: Siegfried Mielke (Hrsg.): Gewerkschafter in den Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenhausen. Biographisches Handbuch, Bd. 1, Berlin 2002, S. 56 – 67.

Lohn- und Arbeitsbedingungen mitwirken sollten, sondern auch „an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte“. Die Verabschiedung des Betriebsrätegesetzes von 1920 sicherte den Gewerkschaften zusätzliche Mitbestimmungsmöglichkeiten. Mit der Einrichtung eines Vorläufigen Reichswirtschaftsrats, der Beteiligung von Gewerkschaftsvertretern als Sachverständigen und Interessenvertretern in zahlreichen öffentlichen Gremien, die vom Reichskohlenrat über Verwaltungskörperschaften der Reichsbahn, Reichspost und Reichsbank bis zu den Organen der Sozialversicherung reichte, entstanden neue Betätigungsfelder, die Ansprüche an fachliche und personelle Kompetenz der Gewerkschaften und insbesondere an den ADGB stellten. Daneben betätigten sich die Gewerkschaften auch selbst unternehmerisch durch die Gründung und Führung gemeinwirtschaftlicher und genossenschaftlicher Betriebe.

Faktisch war die Stellung der Gewerkschaften in der Weimarer Republik jedoch keineswegs so stark, wie dies aufgrund ihrer verfassungsmäßigen Berücksichtigung scheinen mag. Zwar fiel ihnen in den unruhigen ersten Jahren der Republik eine zentrale Rolle bei der Rettung der jungen Demokratie zu. Während des Kapp-Lüttwitz-Putsches trugen sie durch die Ausrufung des Generalstreiks entscheidend zum Scheitern des Putsches bei. Doch die von Gewerkschaftsseite anschließend konsequenterweise gestellten Forderungen: die Ausschaltung der republikfeindlichen Kräfte in Reichswehr, Justiz und im Staatsapparat, die Vorantreibung der Sozialgesetzgebung und Stärkung des Einflusses der Gewerkschaften im Reich und in den Ländern, konnten nicht durchgesetzt werden. Die antidemokratischen und republikfeindlichen Kräfte in Bürgertum, Großindustrie, Militär und bei den Großagrariern waren bereits wieder erstarkt und langfristig zur Beseitigung der sozialen Errungenschaften der Revolutionszeit und zur Einschränkung der Arbeitnehmerrechte entschlossen. 1923, während der Ruhrbesetzung, übernahmen die Gewerkschaften in den besetzten Gebieten noch einmal „quasi-amtliche“ Funktionen, sorgten für die Weiterleitung materieller Unterstützung für die wegen ihrer exponierten Stellung besonders von Verhaftung und Ausweisungen bedrohten Gewerkschafter sowie für die Aufrechterhaltung der Verbindung mit den vom Reich abgeschnittenen Gebieten im Westen. Die wirtschaftlichen Folgen des „passiven Widerstandes“ und die Hyperinflation trugen zunächst zur Schwächung der Gewerkschaftsorganisationen bei. Langfristig ermöglichten jedoch die Beruhigung der politischen Situation und die wirtschaftliche Stabilisierung in den Jahren ab 1924 eine allmählichen Erholung.⁴

⁴ Vgl. u.a.: Michael Schneider: Höhen, Krisen und Tiefen. Die Gewerkschaften in der Weimarer Republik 1918 bis 1933, in: Klaus Tenfelde / Klaus Schönhoven / Michael Schneider / Detlev J. K. Peukert: Geschichte der deutschen Gewerkschaften von den Anfängen bis 1945. Hrsg. von Ulrich Borsdorf unter Mitarbeit von Gabriele Weiden, Köln 1987, S. 279 – 446; Erich Matthias / Klaus Schönhoven (Hrsg.): Solidarität und Menschenwürde. Etappen der Deutschen Gewerkschaftsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn 1984; Heinrich Potthoff: Freie Gewerkschaften 1918 – 1933. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund in der Weimarer Republik, Düsseldorf

Der ADGB strebte nun danach, sich von der den Arbeiterorganisationen eher gegen ihren Willen aufgedrängten politischen Rolle zurückzuziehen und sich stärker auf die eigentlichen gewerkschaftlichen Anliegen und die Funktionen auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet zu konzentrieren. Dies hatte zur Voraussetzung, dass sich die Gewerkschaften – und insbesondere der ADGB als Dachverband – gegenüber Staat und Industrie in ökonomischen und sozialwissenschaftlichen Fachfragen als kompetente Partner präsentieren konnten. In den folgenden Jahren wurde der Stab der wissenschaftlichen Mitarbeiter im ADGB erweitert; gewerkschaftseigene Presseorgane, die während der Krise 1923 zum Teil eingestellt, zum Teil nur noch in reduzierter Form erscheinen konnten, wurden wieder ausgebaut.⁵

In der Sitzung des ADGB-Bundesausschusses am 15. Januar 1924 wurde kritisiert, dass die „Gewerkschafts-Zeitung“⁶ den Anforderungen an ein wissenschaftliches Organ nicht entspreche. Es wurde daher beantragt, ein eigenes „gewerkschaftlich-wissenschaftliches Blatt“ zu schaffen. Im Frühjahr 1924 beschäftigte sich der Bundesvorstand mehrfach mit dieser Frage. Im Mai 1924 stand die Frage der Berufung eines „tüchtigen Redakteurs“ für die neue Zeitschrift auf der Tagesordnung. Theodor Leipart favorisierte Lothar Erdmann, der bereits 1923 in den Dienst des ADGB getreten war, um die verbandsoffizielle Darstellung über die Rolle der Gewerkschaften während der Ruhrbesetzung zu verfassen („Die Gewerkschaften im Ruhrkampf“, Berlin 1924), dann allerdings wie eine Reihe anderer Mitarbeiter aus finanziellen Gründen wieder entlassen werden musste.⁷

1987; Heinrich Potthoff: Gewerkschaften und Politik zwischen Revolution und Inflation, Bonn 1979; Michael Ruck: Die Freien Gewerkschaften im Ruhrkampf 1923, Köln 1986; Hermann Weber / Klaus Schönhoven / Klaus Tenfelde (Hrsg.): Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 2, Michael Ruck (Bearb.): Die Gewerkschaften in den Anfangsjahren der Republik 1919 – 1923, Köln 1985; Hermann Weber / Klaus Schönhoven / Klaus Tenfelde (Hrsg.): Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 3, Halbband I und II, Horst-A. Kukuk / Dieter Schiffmann (Bearb.): Die Gewerkschaften von der Stabilisierung bis zur Weltwirtschaftskrise 1924 – 1930, Köln 1986; Hermann Weber / Klaus Schönhoven / Klaus Tenfelde (Hrsg.): Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, Bd. 4, Peter Jahn / Detlev Brunner (Bearb.): Die Gewerkschaften in der Endphase der Republik 1930 – 1933, Köln 1988.

⁵ Vgl. Detlev Brunner: Bürokratie und Politik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes 1918/19 bis 1933, Frankfurt a. M. 1992; Jahrbuch des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. 1922 – 1931, Berlin 1923 – 1932.

⁶ Zur „Gewerkschafts-Zeitung“ und den Vorgänger-Organen vgl. die Reprints: Gewerkschafts-Zeitung. Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Jahrgänge 1924 – 1928 inkl. Monatsbeilage „Arbeiterrecht und Arbeiterversicherung“. Mit Einleitungen von Elisabeth Domansky und Dieter Langewiesche (Reprints zur Sozialgeschichte bei J.H.W. Dietz Nachf. Herausgeber: Dieter Dowe), Berlin / Bonn 1984, 5 Bde.; Jahrgänge 1929 – 1933. Mit einem Anhang: „Gewerkschaften in der Krise“ von Helga Grebing, Michael Schneider und Klaus Schönhoven (Reprints zur Sozialgeschichte bei J.H.W. Dietz Nachf. Herausgeber: Dieter Dowe), Berlin / Bonn 1983, 5 Bde.; Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands November 1918 bis Dezember 1919 / Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Januar 1920 bis Dezember 1923. Inkl. Statistische Beilagen, Adressen-Beilagen, Arbeiterrechts-Beilagen. Mit einem Beitrag zum Nachdruck im Anhang des Jahrgangs 1923 von Heinrich Potthoff: „Gewerkschaften zwischen Aufschwung und Krise“ (Reprints zur Sozialgeschichte bei J.H.W. Dietz Nachf. Herausgeber: Dieter Dowe), Berlin / Bonn 1985, 5 Bde.

⁷ Vgl. Antrag Fritz Tarnows in der Bundesausschusssitzung am 15. 1. 1924, in: Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Bd. 3/1, Dokument 2, S. 107 f., S. 113; vgl. ebenda, Dokument 9, S. 190.

Die Berufung des damals 36jährigen Lothar Erdmann in die Redaktion eines zentralen Organs des ADGB-Bundesvorstandes war trotz der Anerkennung, die er sich mit der Abfassung der Schrift über den „Ruhrkampf“ verschafft hatte, eine für die Praxis der gewerkschaftlichen Personalpolitik eher ungewöhnliche Entscheidung, denn innerhalb der Arbeiterbewegung war Erdmann kaum bekannt. Langfristig gesehen stand dieser Beschluss aber durchaus im Einklang mit dem nun forcierten Ausbau des wissenschaftlichen Stabes beim ADGB-Bundesvorstand, zu dem nicht nur die Einstellung von Fachleuten im engeren Sinne zählte, sondern auch die Anwerbung journalistisch begabter Persönlichkeiten, die in der Lage waren, gewerkschaftliche Inhalte und Vorstellungen angemessen zu präsentieren und Kontakte zur sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Forschung herzustellen. Doch auch unter politischen Aspekten war die Wahl Erdmanns kein Zufall. Seine Ausführungen über das Verhältnis von Arbeiterbewegung und Nation in der Ruhr-Publikation entsprachen zweifellos den Vorstellungen Theodor Leiparts, dem Erdmann durch seine Artikel als Pressereferent beim Internationalen Gewerkschaftsbund aufgefallen war. Erdmanns politische Vorstellungen und Konzepte sollten die Tendenz der neuen Zeitschrift in den folgenden Jahren nachhaltig bestimmen.

Lothar Erdmann (1888 – 1939)

Lothar Erdmann zählte zu den wenigen, aber zahlenmäßig im Zunehmen begriffenen hauptamtlichen Gewerkschaftsangestellten, deren familiärer Hintergrund nicht mehr im Arbeiterbewegungsmilieu angesiedelt war. Als Sohn des Philosophieprofessors und Kant-Forschers Benno Erdmann am 12. Oktober 1888 in Breslau geboren, verbrachte er seine Jugend in Bonn, wo er zum Freundeskreis um den Maler August Macke zählte.⁸ Ab 1906 studierte er u.a. in Bonn, Freiburg und Berlin Geschichte, Philosophie, Deutsch und Nationalökonomie. 1912/13 verbrachte er mehrere Monate in England, wo er Bernard Shaw und die politischen Ideen der Fabier kennenlernte. Zu Beginn des Ersten Weltkriegs meldete sich Erdmann als Kriegsfreiwilliger. Ab Oktober 1914 war er bei den Gefechten in Belgien eingesetzt. Nach einem Zusammenbruch bei der Schlacht an der Somme bei Combles verbrachte er die folgenden Monate bis Oktober 1917 als Leiter der Invalidenabteilung und Gerichts- und Aufklärungsoffizier in Coburg, bis er Ende 1917 vom Wolffschen Telegraphenbureau für eine Stelle als Übersetzer und Nachrichtenübermittler in Amsterdam reklamiert wurde. In Amsterdam lernte Erdmann den niederländischen Sozialdemokraten und Redakteur von „Het Volk“, Johan Ankersmit, kennen – ein Kontakt, der sein Interesse an politischen Fragen und sozialistischen Gedanken vertiefte. Doch die sich

⁸ Zur persönlichen Entwicklung Lothar Erdmanns vgl. Fischer: *Versöhnung von Nation und Sozialismus?*, S. 17 – 95.

perspektivisch schon andeutende journalistische und politische Laufbahn entwickelte sich keineswegs geradlinig.

Nach Kriegsende kehrte Erdmann, der 1916 Elisabeth Macke, die Witwe seines Freundes August Macke, geheiratet hatte, zunächst nach Bonn zurück. Noch Ende 1918 trat er in die MSPD (Mehrheitssozialdemokratie) ein. Nach der Erfahrung des Weltkrieges war dies für ihn ein konsequenter Schritt, der bewusst vollzogene Brückenschlag zwischen Bürgertum und Arbeiterbewegung. Für ihn wie für ähnlich Denkende habe festgestanden, schrieb er später, „dass wir keine Freiheit, keine bevorzugte Stellung geschenkt haben wollten, die mit der Unfreiheit unserer Volksgenossen in den Bergwerken, am Schraubstock und am Webstuhl erkaufte war“.⁹ Dennoch fiel es ihm schwer, im Arbeiterbewegungsmilieu wirklich heimisch zu werden. Die Beschäftigung mit europäischer Literatur und Philosophie des 19. und frühen 20. Jahrhunderts schien ihm zeitweise verlockender als die Auseinandersetzung mit politischen Detailfragen. Die Ergebnisse der Revolution von 1918, die politischen Krisen und Konflikte der frühen zwanziger Jahre desillusionierten ihn; auch die Suche nach einer beruflichen Existenz blieb zunächst erfolglos. Im Mai 1921 kehrte er nach Amsterdam zurück und übernahm eine Stelle als Pressereferent beim Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB).

Während der Zeit in Amsterdam schärfte sich Erdmanns politisches Profil. Zu seinen Aufgaben gehörten u.a. die Herausgabe der „Presseberichte“ des IGB, die Vorbereitung der IGB-Kongresse und die Erstellung der Kongressberichte. Die Hauptthemen, mit denen sich Erdmann zu befassen hatte, waren weniger gewerkschaftlicher als politischer Natur, gehörten doch die Beobachtung der Entwicklung im krisengeschüttelten Nachkriegsdeutschland und die Bemühungen um die Schaffung einer friedlichen Nachkriegsordnung zu den Hauptanliegen des IGB in jener Zeit.

Erdmanns Zugang zu den Ideen des Sozialismus war von Anfang an stark von nationalen Gesichtspunkten geprägt. Der Gedanke des Internationalismus, der in der Arbeiterbewegung von den Anfängen an eine bedeutende Rolle spielte, blieb ihm im Grunde fremd, auch wenn er einräumte, dass die Arbeiter dadurch zur Erkenntnis der Gleichartigkeit ihrer sozialen und ökonomischen Lage gelangt seien. Große Bedeutung für seine politische Weltanschauung hatte hingegen das Erlebnis des Weltkrieges. Für die Intensität, mit der diese Erfahrung individuell verarbeitet wurde, war in seinen Augen die Generationenzugehörigkeit von entscheidender Bedeutung. Während die Älteren „unverändert“ in ihre sozialen Zusammenhänge zurückgekehrt

⁹ Lothar Erdmann: Durch Sozialismus zur Nation, in: Sozialistischer Wille, 5. Halbjahr, Juli 1932, S. 3 – 5.

seien, hätten sich die „Jungen“, zu denen er sich selbst zählte, eine grundsätzliche Änderung der Politik erhofft. Der Krieg habe die Klassen und Schichten durcheinandergerüttelt und ein neues Gemeinschaftsgefühl entstehen lassen, das in die Nachkriegszeit hinübergerettet werden müsse. Den entscheidenden Impetus seines Denkens sah Erdmann darin, „durch die Arbeiterbewegung, durch die Verwirklichung ihrer großen Ziele, zu einer Erneuerung Deutschlands zu kommen: dass wir ein Volk werden, in dem die Arbeiter ebenso heimisch sind wie ich.“¹⁰ So stark diese aus einem ausgeprägten Gerechtigkeitsempfinden stammenden Gefühle auch waren, so stand für Erdmann dahinter doch gleichwertig die Überzeugung, dass es letzten Endes der Stärke der Nation, auch ihrer Machtposition nach außen, zugute kommen werde, wenn die materiellen und geistigen Potentiale der Arbeiterschaft sich voll entwickeln könnten. Er selbst sah darin keinen Widerspruch zu seinen „weltbürgerlichen“ Gefühlen, die allerdings weniger politischer Natur waren, als von seiner Verbundenheit mit der europäischen Literatur und Philosophie herrührten.

In dem selbstverständlich betont internationalistisch orientierten IGB fühlte sich Erdmann isoliert. Anfang 1923, als auch der IGB während der Ruhrkrise in politische und finanzielle Schwierigkeiten geriet, verlor Erdmann im Zuge von Sparmaßnahmen seine Stelle. Er kehrte für einige Monate nach Bonn zurück, erhielt dann aber im Sommer vom ADGB-Bundesvorstand den Auftrag, eine Broschüre über die Ruhrbesetzung zu schreiben. Die Schrift sollte die schwierige und zum Teil auch in den eigenen Reihen nicht unumstrittene Rolle des ADGB und der Freien Gewerkschaften in der Phase des „passiven Widerstandes“ dokumentieren. Erdmanns Publikation, für die er offensichtlich gewerkschaftseigenes Aktenmaterial auswerten konnte, galt lange Zeit als „Klassiker“ der Zeitgeschichtsschreibung.¹¹ Ihm selbst ging es vor allem darum, an diesem Thema seine eigenen Thesen von der nationalen Aufgabe der Arbeiterbewegung darzulegen. Die Arbeiterbewegung, so forderte Erdmann, müsse in jedem Land eine nationale Bewegung sein, „mit einer Tendenz, *die* nationale Bewegung schlechthin zu werden.“¹² In Erdmanns Augen waren die deutschen Gewerkschaften durch ihr Verhalten während des Krieges und in den Nachkriegsjahren auf dem besten Weg, diesem Ideal nahe zu kommen. Durch ihren Einsatz während der Ruhrauseinandersetzung hätten sie wesentlich zur Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands und zum Scheitern separatistischer Bestrebungen beigetragen.

¹⁰ An Ilse Erdmann, 9. 1. 1923, AdsD, Nachlass Lothar Erdmann, 1/LEAA000068; zit. Fischer: *Versöhnung von Nation und Sozialismus?*, S. 72.

¹¹ Lothar Erdmann: *Die Gewerkschaften im Ruhrkampf[e]*. Im Auftrage des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin 1924.

¹² Erdmann: *Die Gewerkschaften im Ruhrkampf[e]*, S. 91 ff.

Erdmanns starke Betonung des Nationalen und seine eigenwillige Interpretation der Aufgaben der Arbeiterbewegung waren der ADGB-Führung bei seiner Berufung zum Redakteur der neuen Zeitschrift „Die Arbeit“ somit nicht unbekannt; sie waren es gerade, die ihn – zumindest in Leipzigs Augen – dafür empfahlen. Lothar Erdmann seinerseits sah darin die Chance, sich ein Forum für seine eigenen Vorstellungen von „Arbeiterbewegung und Nation“ zu verschaffen. Diese beiden Begriffe würden oft als unvereinbare Gegensätze angesehen, schrieb er Ende 1924: „Die Spannung zwischen diesen beiden Polen auszugleichen ist im Grossen eines der wesentlichsten, wenn auch unausgesprochenen Ziele der Zeitschrift.“¹³

Das politisch-programmatische Profil der „Arbeit“

„Die Arbeit“ vermittelte ihren Lesern in den knapp neun Jahren ihres Erscheinens einen Überblick über wichtige Entwicklungen im ökonomischen und sozialwissenschaftlichen Denken ihrer Zeit. Mehrfach gab sie selbst Anstöße zur Propagierung und Diskussion neuer wirtschaftspolitischer Ideen und wirkte durch das zeitweilige Eingreifen in die politische Diskussion von Gewerkschaften und SPD auch polarisierend.

Die Zeitschrift war nicht nur gegründet worden, um die Rolle der Gewerkschaften als selbstbewusste Partner von Staat und Unternehmern zu stärken und ihnen bei der Propagierung innovativer wirtschafts- und sozialwissenschaftlicher Konzepte und Strategien ein Forum zu verschaffen. Sie sollte auch den durch die Erfahrung der Ruhrbesetzung und Einkommenseinbußen nach Einführung der Rentenmark desillusionierten Mitgliedern bewusst zukünftige Entfaltungsmöglichkeiten und Strategien zur Ausweitung gewerkschaftlichen Einflusses aufzeigen. In diesen Zusammenhang gehörten auch Erdmanns eigene Aufsätze, die er in den folgenden Jahren für „Die Arbeit“ verfasste. Sie strahlten den typischen gewerkschafts-offiziellen Optimismus dieser Zeit aus – eine Sicht, die durchaus seinen eigenen Überzeugungen entsprach und von ihm zunehmend verinnerlicht wurde.

Während Erdmanns eigene Artikel für „Die Arbeit“ den politisch-programmatischen Rahmen abgaben, gelang es ihm, zahlreiche renommierte Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler als Autoren der Zeitschrift zu gewinnen. In der ersten Nummer der Arbeit betonte er ausdrücklich, die Redaktion werde sich nicht nur auf Kräfte aus der Gewerkschaftsbewegung selbst oder dem „parteimäßig organisierten Sozialismus“ stützen, sondern auch „gewerkschaftsunabhängige und kritische Expertenmeinungen“ zur Geltung bringen. Auch Autoren, die nicht Sozialisten seien, vor

¹³ Erdmann an Ferdinand Tönnies, 17. 12. 1924, Schleswig-Holsteinische Landesbibliothek Kiel, Nachlass Ferdinand

allem Wirtschaftswissenschaftler und Vertreter verwandter Fachgebiete, gehörten dazu. Insgesamt müsse sich die Zeitschrift freihalten von „parteilichtischer oder gewerkschaftsbureaukratischer Verengung“ – Ansichten, die anfangs durchaus Irritationen in Gewerkschaftskreisen auslösten.¹⁴ Die lebhaft positive Presseresonanz, die Erdmann für eine Werbebroschüre für die Zeitschrift zehn Monate nach dem Erscheinen der ersten Nummer der „Arbeit“ zusammenstellte, enthielt denn auch neben einigen wohlwollenden Kommentaren einzelner Gewerkschaftsblätter, die aber offensichtlich nicht aus einer großen Auswahl zusammengestellt worden waren („Nachrichtenblatt des Zentralverbandes der Angestellten“, „Metallarbeiter der Tschechoslowakei“, „Internationaler Metallarbeiter“, „Deutsche Arbeit“ [Organ der christlich-nationalen Arbeiterschaft], Lob auch aus dem außergewerkschaftlichen Lager („Frankfurter Wohlfahrtsblätter“, Landesarbeitsamt Schleswig-Holstein, „Betriebswirtschaftliche Rundschau“, „Wirtschaftsdienst“, „The Economic Review“). Für den „Arbeitgeber“(!) war das neue Presseorgan „trotz mancher grundsätzlich abweichender Auffassung [...] eine wesentliche Bereicherung der einschlägigen Literatur“. Weitere positive Reaktionen kamen von den „Sozialistischen Monatsheften“, die dem „revisionistischen“ Flügel der SPD nahe standen, der „Norddeutschen Volkszeitung“ und der „Osthüringer Volkszeitung“.¹⁵

Ende 1925 verfügte „Die Arbeit“ über 4 200 Abonnenten – für ein theoretisches Organ durchaus ein stattlicher Abnehmerkreis. Das Einzelheft, das auch im Buchhandel bezogen werden konnte, kostete 1925 1 Mark, beim Bezug durch die Verwaltungsstellen der gewerkschaftlichen Organisationen oder die Ortsausschüsse des ADGB 80 Pfennig; Anfang 1933 war der vierteljährliche Abonnementspreis auf 3,60 bzw. 2,85 Mark gestiegen. Ein großer Teil der Abonnements wurde offensichtlich direkt von den gewerkschaftlichen Organisationen gehalten, wobei am Ende des zweiten Erscheinungsjahres der „Arbeit“ festgestellt werden musste, dass viele Bestellungen wegen der schlechten finanziellen Situation storniert worden waren; allerdings wurde dies durch vermehrte Abnahme von privater Seite ausgeglichen. Dennoch blieb die Zeitschrift auch langfristig von Zuschüssen abhängig.¹⁶

Tönnies; vgl. Fischer: *Versöhnung von Nation und Sozialismus?*, S. 95.

¹⁴ Vgl. Fischer: *Versöhnung von Nation und Sozialismus?*, S. 103.

¹⁵ Werbeprospekt für „Die Arbeit“, 1925, AdsD, Nachlass Lothar Erdmann, 1/LEAA000040.

¹⁶ Jahrbuch 1925 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin 1926, S. 222; Werbeprospekt für „Die Arbeit“, 1925, AdsD, Nachlass Lothar Erdmann, 1/LEAA000040; vgl. Protokoll der Sitzung des Bundesausschusses am 27. 1. 1925 (Bericht Hermann Müller), in: *Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung*, Bd. 3/1, Dokument 29, S. 260; Protokoll der Sitzung des Bundesausschusses am 4. 6. 1928 (Bericht Leiparts), ebenda, Bd. 3/2, Dokument 192, S. 1096.

Im Mittelpunkt von Erdmanns eigenen Beiträgen standen grundsätzliche Aussagen zu Fragen des Sozialismus und zu den programmatischen Vorstellungen der Gewerkschaften. Daneben wandte er sich aber auch immer wieder gegen das traditionell enge Bündnis der Freien Gewerkschaften mit der Sozialdemokratie. Während die Gewerkschaften in seinen Augen praxisnah und reformorientiert die „eigentliche“ nationale Vertretung der Arbeiterinteressen darstellten, kritisierte er die Partei als ideologisch verkrustet und unfähig oder nicht willens, die nationalen Gefühle der Deutschen nach den Versailler Verträgen zu begreifen und die machtpolitischen Interessen Deutschlands nach außen wirksam durchzusetzen. In dieser Hinsicht wirkte die Zeitschrift innerhalb der Arbeiterbewegung zweifellos immer wieder auch polarisierend – und sollte es nach Meinung ihres Redakteurs auch. Beispiele dafür sind vor allem Erdmanns Beiträge „Der Weg der Gewerkschaften“ (1. Jg., 1924, Heft 1, S. 1 – 9), „Zu den Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften“ (2. Jg., 1925, Heft 7, S. 383 – 397) und „Gewerkschaften und Sozialismus“ (2. Jg., 1925, Heft 11, S. 657 – 674).

Schon in seinem ersten Aufsatz stellte Erdmann die Politik der Gewerkschaften als die eigentlich adäquate, aus der politischen Praxis erwachsene Antwort der Arbeiterbewegung auf die Probleme der Industrialisierung dar, als *die* von der Gegenwart ausgehende Alternative zu den pessimistischen Thesen der sozialistischen Theoretiker und zur Verelendungstheorie des Marxismus. Sowohl die Politisierung der Gewerkschaften wie auch der „Wahn“, sie könnten, wenn sie nur wollten, die Wirtschaft übernehmen, entfremde sie ihrem wesentlichen Wirkungskreis. Eine einseitige Betonung des Klassenkampfgedankens verhindere die Durchsetzung von Ideen, die über den Klassenkampf hinauswiesen. Die eigentliche Aufgabe der Gewerkschaften sei „die nationale Organisation der Arbeit“, wobei sie durch ein das Klassendenken übersteigende Gemeinschaftsbewusstsein und die nachdrückliche Vertretung der Interessen der Gemeinschaft sich dem Unternehmerlager an Verantwortungsbewusstsein überlegen zeigen müssten.¹⁷

Im Sommer 1925 leitete Erdmann mit seinem Aufsatz „Zu den Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften“ offiziell die Diskussion über die „Wirtschaftsdemokratie“ ein. Der Begriff selbst war bereits in den programmatischen Diskussionen der Gewerkschaften in der Revolutionszeit aufgetaucht. Die Anregung zur Neubelebung der Debatte stammte von Theodor Leipart, der vorgeschlagen hatte, ein Thema von „werbender Kraft“ für den ADGB-Kongress im September 1925 vorzubereiten.¹⁸ In dem bereits erwähnten Werbeprospekt für „Die Arbeit“ wurde es geradezu als Ziel der Zeitschrift bezeichnet, die

¹⁷ Lothar Erdmann: Der Weg der Gewerkschaften, in: Die Arbeit, 1. Jg., 1924, Heft 1, S. 1 – 9.

theoretischen Voraussetzungen für die Durchsetzung der „Wirtschaftsdemokratie“ zu schaffen. Erdmann skizzierte in seinem Aufsatz Thesen, die später im ADGB-Bundesvorstand in mehrjähriger Arbeit präzisiert und 1928 von Fritz Naphtali auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress sowie in Buchform vorgestellt wurden.¹⁹ Schon in Erdmanns Aufsatz fand sich der optimistische Glaube, dass mit zunehmender kollektiver Regelung der wirtschaftlichen und sozialen Fragen (z.B. durch tarifliches Schlichtungswesen, paritätische Arbeitsnachweise etc.) Schritt für Schritt „neutrale“ Zonen geschaffen werden könnten, in denen nicht die Sonderinteressen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sondern gemeinsame Produktionsinteressen in den Vordergrund treten würden.²⁰ Diese Vorstellung von einem sich immer mehr ausformenden „organisierten Kapitalismus“ lag durchaus auf der Linie der auch von dem sozialdemokratischen Theoretiker Rudolf Hilferding propagierten Thesen. Doch Erdmanns Sozialismus-Konzept war auf einen anderen Schwerpunkt ausgerichtet. In einem weiteren, im gleichen Jahr erschienenen Aufsatz, „Gewerkschaften und Sozialismus“, setzte er zu einer grundlegenden Kritik an dem in Heidelberg 1925 verabschiedeten (inzwischen wieder stärker marxistisch orientierten Parteiprogramm) der SPD an. Statt dessen forderte er eine „Ideologie des deutschen Sozialismus“. Auf internationaler Ebene sei der Machtwille des Staates „eine Funktion seines Selbsterhaltungswillens“. Es sei ein „hoffnungsloses Unterfangen“, Staat und Gesellschaft im sozialistischen Sinne beeinflussen zu wollen, ohne dass sich die Arbeiterbewegung „leidenschaftlich und rückhaltlos“ zur Nation bekenne.²¹

So sehr Erdmann in seinem Verhältnis zu Nation und Staat traditionellen bürgerlichen Wertvorstellungen verhaftet war, die es ihm erschwerten, in der Arbeiterbewegung wirklich heimisch zu werden, so hatte andererseits sein „Außenseiterblick“ auf SPD und Gewerkschaften, das Infragestellen von Strukturen innerhalb der Arbeiterbewegung und die Problematisierung theoretischer Glaubenssätze, durchaus auch Wegweisendes. Dies galt etwa für seine Forderung, die als „Milieupartei“ an ihre Grenzen stoßende SPD müsse einen strukturellen Wandel hin zu einer „Volkspartei“ vollziehen – eine Forderung, wie sie erst Jahrzehnte später wieder aufgegriffen und umgesetzt werden sollte. Nach seinen Vorstellungen sollte sich sozialistische Politik unabhängig von einer bestimmten Weltanschauung machen; es müsse versucht werden, Menschen ganz

¹⁸ Jahrbuch 1928 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin 1929, S. 54.

¹⁹ Vgl. Protokoll der Verhandlungen des 13. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands (3. Bundestag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes). Abgehalten in Hamburg vom 3. bis 7. September 1928, Berlin 1928, S. 170 ff.; Fritz Naphtali: Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel. Hrsg. im Auftrag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin 1928.

²⁰ Lothar Erdmann: Zu den Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften, in: Die Arbeit, 2. Jg., 1925, Heft 7, S. 383 – 397.

unterschiedlicher geistiger Tradition anzusprechen und mit ihnen zu gemeinsamen Forderungen hinsichtlich der Gestaltung der Gesellschaft und des politischen Lebens zu kommen. Der Sozialismus sollte es in Erdmanns Sicht gerade vermeiden, ein Resümee dieses oder jenes „Glaubens“ und letzter metaphysischer oder weltanschaulicher Überzeugungen zu sein. Sozialismus sei nicht selbst Weltanschauung, sondern „ein Inbegriff von Überzeugungen von der staatlichen und gesellschaftlichen Gestaltung des Lebens der Nation“. Je weniger er nicht nur in der Tradition der Arbeiterklasse wurzle, sondern auch in der Tradition bestimmter bürgerlicher Schichten, vor allem der intellektuellen „Zwischenschichten“ verankert sei, umso größer seien seine Chancen, die Mehrheit der Wähler zu überzeugen.²²

Unverkennbar idealistisch geprägt waren Erdmanns Vorstellungen von der „Überwindung des Klassenkampfes trotz der Führung des Klassenkampfes“, wobei es ihm um die „geistige Überwindung des Klassenkampfes, insbesondere seiner kleingeistigsten und seiner niedrigsten Formen, des Klassenegoismus“ und des Klassenhasses, ging. Ziel des Kampfes der Arbeiterbewegung sei die Überwindung der Klassengegensätze, und dies sei auch ein geistiger Kampf, der als eine Auseinandersetzung um die staatliche und gesellschaftliche Gestaltung des Lebens der Nation, um eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung geführt werde.²³

1926 veröffentlichte Erdmann einen dreiteiligen Artikelzyklus „Zum Problem der Arbeitsgemeinschaft“ (ausnahmsweise eine „ungeliebte“ Auftragsarbeit, der er sich nicht entziehen konnte). Darin betonte er zwar die tiefgreifenden Gegensätze der ideellen und materiellen Interessen von Arbeitnehmern und Unternehmern; selbst in einer gemeinwirtschaftlich organisierten Wirtschaft hätten es die Gewerkschaften bei der Kapitalseite mit Gegenspielern zu tun, doch würden diese damit eine volkswirtschaftlich positive Funktion erfüllen, so wie auch die Gewerkschaften durch ihre Lohnpolitik eine wirtschaftliche Steuerungsfunktion ausübten. Trotz des Gegensatzes zwischen Unternehmern und Gewerkschaften habe sich bereits in den vergangenen Jahrzehnten eine „objektiv wirksam werdende Arbeitsgemeinschaft“ entwickelt.²⁴ Erdmann war davon überzeugt, dass eine moderne Industriegesellschaft ohne die Funktion der Gewerkschaften als *die* Organisatoren und Verwalter der „nationalen Arbeit“ nicht auskommen könne, eine Überzeugung, die von ihm – wie auch von anderen führenden Mitgliedern des ADGB – so verinnerlicht wurde, dass sie letztlich auch das politische Verhalten in den Krisenmonaten 1932/33

²¹ Lothar Erdmann: Gewerkschaften und Sozialismus, in: Die Arbeit, 2. Jg., 1925, Heft 11, S. 657 – 674; Zitate S. 665, S. 666.

²² Erdmann: Gewerkschaften und Sozialismus: Zitate S. 667.

²³ Erdmann: Gewerkschaften und Sozialismus, S. 673 f.

²⁴ Erdmann: Zum Problem der Arbeitsgemeinschaft, III, in: Die Arbeit, 3. Jg., 1926, Heft 10, S. 641.

und gegenüber den Nationalsozialisten beeinflussen sollte.

Insgesamt schrieb Erdmann selbst vergleichsweise wenige Aufsätze für die „Arbeit“. Neben den erwähnten Artikeln veröffentlichte er in den Jahren 1925 bis 1930 sechzehn Buchrezensionen. In den Jahrgängen 1929, 1931 und 1932 erschienen keine von ihm verfassten Beiträge. Erst im letzten Heft der „Arbeit“, im März 1933, meldete sich Erdmann noch einmal mit einem umfangreichen Aufsatz zu Wort.²⁵ Die Ursachen für diese Zurückhaltung lagen zum Teil in der zeitaufwändigen Redaktionstätigkeit und den sonstigen Verpflichtungen Erdmanns, zu denen ab 1926 auch die Herausgabe der „Mitteilungen für die Gewerkschaftspresse“ und die Redigierung des ADGB-Jahrbuchs gehörten. Daneben formulierte er Aufrufe und Presseerklärungen für den ADGB und vertrat den Bundesvorstand in verschiedenen Fachgremien. Erdmann schrieb auch Reden und Artikel für den ADGB-Vorsitzenden Leipart, die dann unter dessen Namen erschienen. Erdmanns Verhältnis zu Leipart war im großen und ganzen harmonisch, auch wenn Erdmann immer wieder enttäuscht war, dass seine Hauptanliegen, die nachdrücklich Durchsetzung „nationaler“ Interessen und ihre Vertretung durch die Gewerkschaften sowie die Überwindung der in seinen Augen „falschen“ Rücksichtnahme auf die SPD, von diesem und den Mitgliedern des ADGB-Bundesvorstandes nicht entschieden genug umgesetzt wurde.²⁶

Autoren und Themen der „Arbeit“

– Beiträge von Mitarbeitern des ADGB-Bundesvorstandes

Unter den Autoren waren nur ausnahmsweise führende Gewerkschafter aus den Organisationen selbst vertreten. Das Hauptkontingent der publizierten Aufsätze, Beiträge und Buchbesprechungen stammte entweder aus der Feder der wissenschaftlichen Mitarbeiter des ADGB-Bundesvorstandes oder von außenstehenden Verfassern, wobei Erdmann zahlreiche renommierte Sozialwissenschaftler und Ökonomen als Autoren gewinnen konnte. Zum größten Teil handelte es sich um der Arbeiterbewegung nahestehende oder ihr freundlich gesonnene Publizisten, deren Positionen, auch wenn sie von „bürgerlicher“ Seite kamen, für die Gewerkschaften als Diskussionsbeitrag bedenkenswert erschienen. Daneben ließ Erdmann es sich jedoch nicht nehmen, immer wieder vereinzelt Beiträge zu platzieren, deren Inhalte oder Verfasser im offenen Widerspruch zu sozialdemokratischen Positionen standen. Zu aktuellen tagespolitischen Themen hielt er – von Ausnahmen abgesehen – in der Regel Distanz, ihm ging es mehr um die Analyse grundsätzlicher gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Fragen.

²⁵ Vgl. unten, Abschnitt „Die „Arbeit“ und das Ende der Weimarer Republik“.

Von Erdmanns Kollegen, die regelmäßig mit Beiträgen hervortraten, waren die meisten wie Erdmann selbst Mitte der 1920er Jahre neu beim ADGB-Bundesvorstand eingestellt worden. So wurden z.B. zentrale Themen des Arbeitsrechts und rechtliche Fragen, welche die Gewerkschaftsorganisationen betrafen, vor allem von *Clemens Nörpel* bearbeitet. Nörpel (1885 – ca. 1944), Kaufmann, 1920/21 Angestellter in der Betriebsräteabteilung des AfA-Bundes, seit 1922 Mitarbeiter beim ADGB-Bundesvorstand und 1928 – 1933 Leiter der Zeitschrift „Arbeitsrechtspraxis“, war ab 1927 zudem als Arbeitsrichter tätig. Ihm wurde auch außerhalb des gewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Milieus ein prägender Einfluss auf die arbeitsrechtliche Fachdiskussion zugeschrieben.²⁷ Auch der promovierte Jurist *Bruno Broecker* (geb. 1900, gest. nach 1949), seit 1925 Mitarbeiter des ADGB (Sozialpolitische Abteilung), war in jedem Jahrgang der „Arbeit“ mit zahlreichen Beiträgen zu Fragen des Arbeitsrechts, der Arbeitslosenversicherung, Selbstverwaltung und Schlichtung vertreten.²⁸ *Franz Josef Furtwängler* (1894 – 1965), gelernter Maschinenschlosser und 1922 Absolvent der Akademie der Arbeit in Frankfurt a.M., war seit 1923 als Auslandsexperte und Übersetzer beim ADGB-Bundesvorstand tätig. Er steuerte u.a. Beiträge zu Problemen der internationalen Arbeiterbewegung und der Arbeiterbewegung des Auslands bei.²⁹ Das Verhältnis von Staat und Gewerkschaften, Fragen der „Arbeitspsychologie“ und die Rolle von Streiks wurden von *Richard Seidel* untersucht. Seidel (1882 – 1951), Lithograph, 1918 – 1922 Redakteur an der USPD-Zeitung „Freiheit“, dann Sekretär für Betriebsrätewesen und kollektives Arbeitsrecht beim Deutschen Eisenbahner-Verband, war 1926 – 1933 Redakteur der vom ADGB-Bundesvorstand herausgegebenen „Gewerkschaftszeitung“.³⁰ Mit ähnlichen Themen, vor allem Fragen des Arbeitskampfes, der Problematik der „Gelben Werkvereine“ und Mitbestimmungsfragen, befasste sich auch *Franz Spliedt* (1877 – 1963), Tapezierer, ab 1912 Vorsitzender des Tapeziererverbandes, seit 1921 Leiter der Abteilung Arbeitsrecht und Tariffragen im ADGB-Bundesvorstand, von 1931 – 1933 auch hauptamtliches ADGB-Vorstandsmitglied. Spliedt gehörte ab 1929 dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat an und war von Juli 1932 bis März 1933 Reichstagsabgeordneter der SPD. Er verfasste auch Beiträge für

²⁶ Vgl. Fischer: *Versöhnung von Nation und Sozialismus?*, S. 122 – 128; S. 136 – 139.

²⁷ Karsten Linne: *Von Leipart zu Ley. Clemens Nörpel. Ein Dokument aus dem Jahr 1940*, in: 1999. *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts*. 3. Jg., 1988, Heft 4, S. 92 – 104; AdsD, Sammlung Personalialia, Clemens Nörpel (u.a. Fragebogen und Aufnahmeerklärung für den Verband Deutscher Schriftsteller e.V., 8. 12. 1933; Schreiben an den Reichsverband Deutscher Schriftsteller, 3. 3. 1934); vgl. Detlev Brunner: *Bürokratie und Politik*, S. 179 f.

²⁸ Brunner: *Bürokratie und Politik*, S. 127; Fischer: *Versöhnung von Nation und Sozialismus?*, S. 284; S. 380 ff. (Tagebucheintrag Lothar Erdmanns vom 2. 12. 1933); AdsD, Sammlung Personalialia, Bruno Broecker.

²⁹ Vgl. Fischer: *Versöhnung von Nation und Sozialismus?*, S. 362; AdsD (DGB-Archiv), Nachlass Franz Josef Furtwängler, 1, „Lebenslauf“; Brief Franz Josef Furtwängler an Martin Plettl und Frau Heinrich, 28. 6. 1936, ebenda, Nachlass Martin Plettl, 1/MPAA000002. Vgl. Brunner: *Bürokratie und Politik*, S. 135.

³⁰ Vgl. Fischer: *Versöhnung von Nation und Sozialismus?*, S. 283; AdsD (DGB-Archiv), Sammlung Personalialia, Richard Seidel, Presseauschnitt („Die Quelle“, 12, 1951, S. 633); maschinenschriftliche Notiz.

die umfangreiche Rubrik „Sozialpolitische Chronik“, die als Unterkapitel der Seiten „Rundschau der Arbeit“ mehrmals im Jahr erschien (ab 1932 unter der Überschrift „Sozialpolitik“).³¹ *Gertrud Hanna* (1876 – 1944), Buchdruckereihilfsarbeiterin, war von 1907 – 1933 Leiterin des Arbeiterinnensekretariats zunächst bei der Generalkommission der Gewerkschaften, dann beim ADGB-Bundesvorstand, seit 1916 Redakteurin der „Gewerkschaftlichen Frauenzeitung“ und ab 1919 Mitglied des Preußischen Landtags. Seit 1909 gehörte sie auch dem Hauptvorstand des Hausangestelltenverbandes an. Sie schrieb Beiträge über die Rolle der Frauen in den Gewerkschaften, den Arbeiterinnenschutz und die immer wieder diskutierten drohenden Maßnahmen zur Einschränkung der Frauenerwerbsarbeit.³² *Walter Maschke* (1891 – 1980), Handlungsgehilfe, 1922/23 und 1925 – 1933 als Angestellter in der Jugendabteilung des ADGB-Bundesvorstandes tätig, verfasste Beiträge zu Fragen der Berufsausbildung und zur Stellung Jugendlicher in der Arbeitswelt.³³

Zu den wirtschaftspolitischen Experten zählte *Hans Arons* (1889 – 1949), promovierter Nationalökonom und seit 1925 Mitarbeiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung des ADGB-Bundesvorstandes. Er veröffentlichte eine Reihe von Grundsatzartikeln u.a. zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat sowie zahlreiche Besprechungen wirtschaftspolitischer Fachliteratur und war ab 1929 für die Rubrik „Wirtschaftspolitische Umschau“ zuständig, die ab 1932 unter der Überschrift „Wirtschaftspolitik“ erschien.³⁴ *Bruno Gleitze* (1903 – 1980), promovierter Volkswirt, Mitarbeiter in der Statistischen Abteilung beim ADGB-Bundesvorstand und Vertreter des ADGB am Institut für Konjunkturforschung, beteiligte sich u.a. mit Beiträgen zur Arbeitsmarktstatistik und mit Wahlanalysen.³⁵ *Wladimir Woytinsky* (1885 – 1960) verfügte über die ungewöhnlichste Biographie unter den ADGB-Mitarbeitern. Der aus St. Petersburg stammende Nationalökonom, in der Zarenzeit wegen seiner Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie zu Zwangsarbeit und lebenslanger

³¹ Vgl. Fischer: *Versöhnung von Nation und Sozialismus?*, S. 283; vgl. Jahrbuch 1931 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin 1932, S. 218; Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Bd. 5, S. 156, Anm. 7; Brunner: *Bürokratie und Politik*, S. 127; Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, hrsg. vom Vorstand des Vereins Arbeiterpresse, Vierte Folge 1927, Berlin 1927, S. 201; Wilhelm Heinz Schröder (Hrsg.): *Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867 – 1933. Biographien – Chronik. Wahldokumentation. Ein Handbuch*, Düsseldorf 1995, S. 711; AdsD, Sammlung Personalien, Franz Spliedt.

³² Vgl. *Gewerkschaftszeitung*, 42. Jg., 1932, Heft 27, 2. 7. 1932, S. 431 f.; Schröder (Hrsg.): *Sozialdemokratische Parlamentarier*, S. 485; Fischer: *Versöhnung von Nation und Sozialismus?*, S. 335, Anm. 239.

³³ Arnd Groß: *Walter Maschke (1891 – 1980)*, in: Mielke (Hrsg.): *Gewerkschafter in den Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenhausen*, S. 238 – 240.

³⁴ Vgl. Brunner: *Bürokratie und Politik*, S. 127; Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, 1927, S. 142; vgl. Fischer: *Versöhnung von Nation und Sozialismus?*, S. 112, 130, 176 f., 218.

³⁵ Vgl. Karl C. Thalheim: *Bruno Gleitze – Lebensgang und wissenschaftliche Leistung*, in: Karl C. Thalheim (Hrsg.): *Bruno Gleitze als Wirtschafts- und Kulturforscher. Mit einer Bibliographie als Festgabe anlässlich seines 75. Geburtstages*, Berlin 1978, S. 13 – 31; Gerhard Beier: *Bruno Gleitze 4. August 1903 – 17. November 1980. Chefökonom der Gewerkschaften*, in: Gerhard Beier: *Schulter an Schulter*, S. 68 – 72; Fischer: *Versöhnung von Nation und Sozialismus?*, CD-ROM-Ausgabe der Tagebuch-Edition, S. 159.

Verbannung nach Sibirien verurteilt, 1917 Mitglied des Exekutivrats des Petersburger Sowjets, als Anhänger der Menschewiki anschließend auf der Flucht vor den Bolschewisten, kam 1922 nach Berlin, wo er zunächst als freier Schriftsteller lebte. Von Ende 1928 bis 1933 war er Leiter des Statistischen Büros beim ADGB-Bundesvorstand. Von der Publikation seiner konjunkturpolitischen Thesen sollte eine der bedeutendsten wirtschaftspolitischen Diskussionen in der „Arbeit“ ihren Ausgang nehmen.³⁶ Seltener als die oben Genannten vertreten waren *Robert Sachs* (geb. 1889, Maurer, seit 1925 Mitarbeiter des ADGB-Bundesvorstandes in der Sozialpolitischen Abteilung/Bauarbeiterschutz), *Dr. Franz Karl Meyer-Brodnitz* (1897 – 1943, Arzt, ab 1927 Leiter der Abteilung Gewerbehygiene im ADGB-Bundesvorstand), *Otto Heßler* (geb. um 1885/90, seit Ende 1927 Bildungssekretär des ADGB-Bundesvorstandes) und der promovierte Volkswirt *Walther Pahl* (1903 – 1969), der Ende 1927 zum ADGB-Bundesvorstand kam.³⁷

Bei den jüngeren Mitarbeitern des ADGB-Bundesvorstandes fanden Erdmanns politische Vorstellungen durchaus Anklang. Das galt insbesondere für die betont positive Einstellung zu „Nation“ und „Staat“. Zum Kreis der „Jungen“, als deren „Cheftheoretiker“ Erdmann schon bei den Zeitgenossen angesehen wurde, zählten nach seinen eigenen Angaben Furtwängler, Nörpel, Broecker und Heßler sowie „in gewissen Grenzen“ auch Hans Arons und Walter Maschke. In wirtschaftspolitischen Fragen rechnete Erdmann auch Woytinsky, in den letzten Jahren der Republik auch Seidel hinzu. Typisch für die Stimmung unter den Genannten war eine Mischung aus dem diffusen Gefühl einer generationenbezogenen Gemeinsamkeit und bestimmten Einsichten, die sie ihrer Meinung nach den Älteren in SPD und Gewerkschaften voraus hatten, einem Unbehagen an der zunehmenden Funktionsunfähigkeit der parlamentarischen Demokratie in Deutschland und bei manchen von ihnen auch ein ausgeprägter Wunsch nach politischer Autorität, Führung und „Tatkraft“. Unter ihnen fand Erdmann auch Bundesgenossen bei dem Versuch, den Bundesvorstand zu einer Lösung des traditionellen Bündnisses mit der SPD und zur Distanzierung des ADGB von verschiedenen politischen Grundsätzen der Partei zu drängen.³⁸

³⁶ Vgl. Michael Schneider: Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB. Zur gewerkschaftlichen Politik in der Endphase der Weimarer Republik, Bonn-Bad Godesberg 1975, S. 61 ff., S. 81 ff.; vgl. Wladimir S. Woytinsky: Stormy passage. A personal history through two Russian revolutions to democracy and freedom. 1905 – 1960, New York 1961.

³⁷ Vgl. Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Bd. 3/II, S. 1517; Brunner: Bürokratie und Politik, S. 127; Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, 1927, S. 193 (Sachs); Herbert A. Strauss / Werner Röder (Hrsg.): International Biographical Dictionary of Central European Emigrés 1933 – 1945, Vol. II, Part 2. The Arts, Sciences and Literature, München, New York, London, Paris 1983, S. 814 (Meyer-Brodnitz); Udo Wichert: Gewerkschaften und Jugend in der Weimarer Republik, in: Detlef Prinz / Manfred Rexin (Hrsg.): Gewerkschaftsjugend im Weimarer Staat. Eine Dokumentation über die Arbeit der Gewerkschaftsjugend des ADGB in Berlin, Köln 1983, S. 26; Vgl. Jahrbuch 1927 des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin 1928, S. 319; Brunner: Bürokratie und Politik, S. 128, S. 139 f. (Heßler); Karsten Linne: „Wettkampf um Rohstoffe“. Walter Pahl – Eine Gewerkschafter-Karriere, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts, 5. Jg., 1990, Heft 3, S. 39 – 55.

³⁸ Vgl. Fischer: Versöhnung von Nation und Sozialismus?, S. 130 – 139.

Die tatsächlichen Einflussmöglichkeiten dieses Kreises auf die Politik des ADGB-Bundesvorstandes sind nur schwer zu beurteilen. Am ehesten waren nach Erdmanns Meinung „Teilerfolge“ auf dem Gebiet der Reparationsfrage und der Außenpolitik festzustellen. Dies war vermutlich auch deshalb möglich, weil die Vorstellungen der „Jungen“ in diesen Punkten mit den langfristigen Verschiebungen im politischen Wertesystem bei führenden Gewerkschaftern in der Nachkriegszeit zusammentrafen. Von der Einbindung der Gewerkschaften in die Kriegswirtschaft bis zum Abwehrkampf während der Ruhrbesetzung – immer sahen sich die Gewerkschaften als Vertreter „nationaler“ Interessen. Durch die wirtschaftliche Krisensituation, die sprunghaft ansteigende Arbeitslosigkeit zu Beginn der 1930er Jahre und die Wahlerfolge der Nationalsozialisten sah sich der ADGB zunehmend unter Druck, so dass manchen Gewerkschaftsführern eine Anpassung an nationalistische Parolen opportun erscheinen mochte. Dagegen erfolgte die von Erdmann erhoffte stärkere Abgrenzung von der SPD erst relativ spät. Zwar konnte er Leipart bereits 1925 dazu bringen, auf die Abänderung einer Passage im Entwurf zum Heidelberger Programm der SPD zu drängen, in der Erdmann eine eigenmächtige Verfügung der SPD über die Gewerkschaften sah; mit dieser Aktion ließ sich aber allenfalls ein unterschwellig vorhandener Argwohn gegenüber einem möglicherweise wieder auflebenden Führungsanspruch der Partei mobilisieren. Erst die (umstrittene) zunehmende Distanzierung der ADGB-Führung von der SPD in der Endphase der Republik im Frühjahr 1933 entsprach Erdmanns Erwartungen – eine Entwicklung, die in seinen Augen allerdings „zu spät“ kam.

– Aufsätze und Beiträge externer Autoren

Zu den externen Autoren zählte eine Reihe von Persönlichkeiten, die sich im Umfeld von SPD und Gewerkschaften, aber auch außerhalb der Arbeiterbewegung durch ihre wissenschaftliche Tätigkeit einen Namen gemacht hatten. Dazu gehörten insbesondere die Mitarbeiter der von ADGB und SPD getragenen Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik und des an die Universität Kiel angegliederten Instituts für Weltwirtschaft und Seeverkehr, an dem in dieser Zeit mehrere jüngere Wissenschaftler forschten. *Fritz Naphtali* (1888 – 1961), Wirtschaftsredakteur, Mitglied im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat, 1926 – 1933 Leiter der von ADGB und SPD getragenen Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik in Berlin, schrieb über Kartellpolitik, Aktienrecht, Bankpolitik, monopolistische Unternehmen und konjunkturpolitische Fragen. Zahlreiche Beiträge zu verschiedenen wirtschaftspolitischen Themen – von Fragen der Landwirtschaft über das Problem der Planwirtschaft bis hin zu konjunkturpolitischen Fragen – stammten aus der Feder von *Fritz Baade* (1893 – 1974). Baade, Mitautor des SPD-Agrarprogramms (1927) und des Woytinsky-Tarnow-

Baade-Plans, war Mitte der 1920er Jahre (gemeinsam mit Naphtali) Leiter der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik und von 1929 – 1933 Leiter der Reichsforschungsstelle für landwirtschaftliches Marktwesen und Reichskommissar bei der deutschen Getreidehandelsgesellschaft. Von 1930 – 1933 gehörte er als SPD-Abgeordneter dem Reichstag an.³⁹ *Alfred Braunthal* (1897 – 1980), Dozent und 1925 – 1928 Leiter der Heimvolkshochschule in Tinz (Thüringen), 1929 bis 1933 gleichfalls Mitarbeiter der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik, dessen Schriften zur Grundlage der wirtschaftswissenschaftlichen Schulung in der Gewerkschaftsbewegung rechneten, verfasste für die „Arbeit“ Beiträge zu lohnpolitischen Fragen, Kapitalbildung und Währungspolitik.⁴⁰ Häufig mit Fachbeiträgen vertreten war der junge Nationalökonom *Gerhard Colm* (1897 – 1968), der ab 1927 als wissenschaftlicher Dezernent, dann als Professor am Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr an der Universität Kiel tätig war. Er veröffentlichte in der „Arbeit“ Aufsätze zur Weltwirtschaft, zu den Auswirkungen des Dawes- und des Young-Plans, Thesen über das Verhältnis von Lohn und Zins zur Arbeitslosigkeit und über die Weltwirtschaftskrise.⁴¹ Der Nationalökonom *Jakob Marschak* (1898 – 1977), der vor den Bolschewiki 1919 nach Deutschland geflüchtet war, arbeitete 1926 – 1928 in der Forschungsstelle für Wirtschaftspolitik, von 1928 – 1930 im Institut für Weltwirtschaft und Seeverkehr in Kiel. Da ihm dort als Juden und Sozialisten die Habilitation verwehrt wurde, habilitierte er sich in Heidelberg. Er galt schon in den 1920er Jahren als herausragender Vertreter der Ökonometrie. Seine Beiträge zur Lohn- und Konjunkturpolitik, die er für die „Arbeit“ schrieb, kreisten um die Fragen der Kaufkrafttheorie, der Kapitalbildung und des Sparverhaltens.⁴² Zu dieser Gruppe Kieler Wissenschaftler gehörte auch der gleichfalls in der „Arbeit“ vertretene Hans *Neisser* (1895 – 1975), der von 1922 – 1924 der Sozialisierungskommission und 1926/27 dem „Ausschuss zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft“ (Enquête-Ausschuss) angehörte. Seit 1927 Dezernent am Kieler Institut, beteiligte sich Neisser an statistischen Erhebungen und Forschungen zur Geld- und Konjunkturpolitik, die zum Teil die Gedanken John Maynard Keynes vorwegnahmen.⁴³ Auch der Jurist und Nationalökonom *Adolf Löwe* (geb. 1893), der Thesen über die Zusammenhänge von Lohn, Zins und Arbeitslosigkeit in der „Arbeit“ veröffentlichte, zählte zu dem Kieler Kreis.⁴⁴ Eine Rolle in der wirtschaftspolitischen Diskussion der Zeitschrift spielte ferner

³⁹ Vgl. Schröder (Hrsg.): Sozialdemokratische Parlamentarier, S. 352; Wolf Schäfer: Fritz Baade, in: Harald Hagemann (Hrsg.): Biographisches Handbuch der deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933, München 1999, Bd. II, S. 16 – 19.

⁴⁰ Vgl. Hagen Krämer: Alfred Braunthal, in: Harald Hagemann (Hrsg.): Biographisches Handbuch der deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration nach 1933, München 1999, Bd. I, S. 76 – 77.

⁴¹ Vgl. Wolfram Hoppenstedt: Gerhard Colm. Leben und Werk (1897 – 1968), Stuttgart 1997.

⁴² Vgl. Claus-Dieter Krohn: Jacob Marschak, in: Neue Deutsche Biographie. Hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 1 - 20, Berlin 1971 – 2001, Bd. 16 (1990), S. 251 – 252.

⁴³ Vgl. Knut Borchardt: Hans Philip Neisser, in: Neue Deutsche Biographie, Bd. 19 (1999), S. 53 – 54.

⁴⁴ Vgl. International Biographical Dictionary of Central European Emigrés, Vol. 2, Part 2, S. 751.

der aus Ungarn stammende Jurist *Adalbert Halasi* (geb. 1886), der als Kommissionär der Ungarischen Regierung bei den Friedensverhandlungen nach dem Ersten Weltkrieg beteiligt war und nach seiner Übersiedlung nach Deutschland an der Akademie der Arbeit in Frankfurt a.M. unterrichtete.⁴⁵

Mit *Eduard Heimann* (1889 – 1967), 1919 Generalsekretär der Sozialisierungskommission, seit 1925 Professor für Wirtschafts- und Finanzwissenschaften an der Universität Hamburg, ließ Erdmann einen der führenden Köpfe der „Religiösen Sozialisten“ zu Wort kommen.⁴⁶ Auch die Thesen des Soziologen und Sozialpädagogen *Carl Mennicke* (1887 – 1959), 1920 – 1927 Herausgeber der „Blätter für religiösen Sozialismus“ und Dozent an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin, der gleichfalls zum Kreis der „Religiösen Sozialisten“ zählte, stellte Erdmann den Lesern vor – eine Entscheidung, die dem Redakteur der „Arbeit“ im Bundesvorstand „manches verständnislose Kopfschütteln“ eintrug. Im Juli-Heft 1926 widmete Erdmann Mennickes Schrift „Der Sozialismus als Bewegung und Aufgabe“ eine umfangreiche Rezension.⁴⁷

1930 veröffentlichte der Soziologe *Theodor Geiger* (1891 – 1952) in der „Arbeit“ seine grundlegenden Thesen über Mittelstand und Wahlverhalten. Geiger war 1922 – 1929 Leiter der Berliner Volkshochschule und lehrte von 1928 – 1933 als Professor in Braunschweig.⁴⁸ Auch *Paul und Annemarie Hermberg* waren häufiger als Autoren bzw. Rezensenten vertreten. Der Nationalökonom und Statistiker Paul Hermberg (1888 – 1969) kam ursprünglich aus der Erwachsenenbildung und war seit 1925 Professor an der Universität Leipzig. Während er die Themen Wirtschaftsdemokratie, Weltmarkt, Autarkie, Planwirtschaft und Arbeiterbildung behandelte, schrieb seine Frau Annemarie Hermberg (1888 – 1969) über Frauenarbeit und Lohnfragen und stellte Neuerscheinungen zu sozialen Fragen vor.⁴⁹

⁴⁵ Vgl. Christian Braun: Adalbert Halasi, in: Biographisches Handbuch der deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Emigration, Bd. 1, S. 227 – 228.

⁴⁶ Vgl. August Rathmann: Eduard Heimann (1889 – 1967): Von Marx und seiner „überwältigend großartigen“ Lehre zum religiös-freiheitlichen Sozialismus, in: Peter Lösche / Michael Scholing / Franz Walter (Hrsg.): Vor dem Vergessen bewahren, Berlin 1988, S. 121 – 144; Heinz Gollnick / Heinz-Dietrich Ortlieb: In memoriam Eduard Heimann – Sozialökonom, Sozialist und Christ. Reden gehalten anlässlich der Gedächtnisfeier der Wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Hamburg am 23. November 1967, Hamburg 1967.

⁴⁷ Vgl. Thomas Ulrich: Ontologie, Theologie, gesellschaftliche Praxis. Studien zum religiösen Sozialismus Paul Tillichs und Carl Mennickes, Zürich 1971; <http://www.inghist.nl/Onderzoek/Projecten/BWN/lemmata/bwn5/mennicke>; Hildegard Feidel-Mertz (Hrsg.): Carl Mennicke – Zeitgeschehen im Spiegel persönlichen Schicksals, Weinheim 1995.

⁴⁸ Vgl. Siegfried Bachmann (Hrsg.): Theodor Geiger. Soziologe in einer Zeit zwischen „Pathos und Nüchternheit“. Beiträge zu Leben und Werk, Berlin 1995.

⁴⁹ Walther Killy / Rudolf Vierhaus (Hrsg.): Deutsche Biographische Enzyklopädie (DBE), Bd. 1 – 10, München 1995 – 1999, Bd. 4, S. 631; International Biographical Dictionary of Central European Emigrés, Vol. 2, Part 1, S. 494; vgl.

Mit *Lujo Brentano* (1844 – 1931) meldete sich gleich in der ersten Nummer der „Arbeit“ der „Nestor“ der deutschen Nationalökonomie und Sozialwissenschaft und Mitbegründer des Vereins für Socialpolitik mit einem Beitrag über die Situation der Gewerkschaften nach dem „Versailler Friedensdiktat“ zu Wort. Ganz im Sinne der von Erdmann intendierten Erweiterung der weltanschaulichen Basis der „Arbeit“ war auch der katholische Nationalökonom und Soziologe *Götz Briefs* (1889 – 1974), der seit 1926 an der Technischen Hochschule in Berlin lehrte, mit einem Beitrag über den Begriff des „Proletariats“ und Buchbesprechungen vertreten. Erdmann widmete Briefs’ Schrift „Das gewerbliche Proletariat“ im März-Heft 1926 eine ausführliche Rezension. Von den ausländischen Autoren sind u.a. *John Maynard Keynes* (1883 – 1946), der prominente englische Wirtschaftswissenschaftler, der Erdmann schon wegen seiner vehementen Ablehnung der Deutschland im Versailler Vertrag auferlegten Lasten sympathisch gewesen sein dürfte, und *Walter Milne-Bailey* (1891 – 1935), seit 1926 Sekretär des Research and Economic Department des Trades Union Congress (TUC), hervorzuheben.⁵⁰

Viele der Autoren der „Arbeit“ waren bereits zu dieser Zeit bekannte Persönlichkeiten oder noch jüngere Wissenschaftler, die in der Nachkriegszeit zu großem Renommee kommen sollten, wie etwa Gerhard Colm, Theodor Geiger und Jakob Marschak.

„Die Arbeit“ als Diskussionsforum

Inhaltlich spiegelten sich in der „Arbeit“ die großen sozialpolitischen und ökonomischen Diskussionen der zwanziger und frühen dreißiger Jahre wider. Das Spektrum reichte von den Auseinandersetzungen über Sozialisierung, die Ausgestaltung der „Wirtschaftsdemokratie“, die Rolle von Monopolen und Kartellen, über Lohntheorien, Währungspolitik und Fragen der Betriebssoziologie bis hin zu Problemen der Sozialversicherung, der Bildungspolitik und der Agrarpolitik. Eine zentrale Stellung nahmen zu Beginn der 1930er Jahre Kontroversen über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Konjunkturfragen ein. Auch die Erörterung der gesellschaftlichen Ursachen der nationalsozialistischen Erfolge seit September 1930 zählte zu den Themen der „Arbeit“.

Lothar Erdmann verfügte selbst nicht über ökonomische Fachkenntnisse – ein Umstand, den er persönlich als Mangel empfand. Er besaß jedoch ein gutes Gespür für neue, unkonventionelle

http://www.kfunigraz.ac.at/sozwww/agsoe/manheim/dt/4_gb/heberle.htm in: http://www.uni-graz.at/manheim/en/7_manh/inhalt.htm.

⁵⁰ Zu Milne-Bailey vgl.: <http://economia.unipv.it/harrod/edition/editionstuff/rfh.4d6.htm#top> in: <http://economia.unipv.it/harrod/edition/welcome.htm>

Denkansätze und Theorien und war stets bereit, diese Ideen zu fördern und ihnen die Seiten seiner Zeitschrift zu öffnen. Dabei hielt er sich mit eigenen Stellungnahmen zurück, ergriff jedoch durch die Lancierung von Autoren und Ideen bewusst die Möglichkeit, auf diese Weise die in seinen Augen als veraltet empfundene Parteitheorie der SPD zu kritisieren. Als Erdmann Ende 1933, nach dem Ende seiner beruflichen Tätigkeit für den ADGB, auf die Jahre in der Redaktion der „Arbeit“ zurückblickte, rechnete er es sich noch nachträglich als besonderes Verdienst an, die publizistische Förderung der Gedanken Wladimir Woytinskys betrieben zu haben, „gegen die pflaumenweiche Politik des Zusehens und Nichthandelns, die der Parteivorstand beliebte“.⁵¹ Woytinsky legte Anfang 1931 ein „Aktionsprogramm für die Belebung der Wirtschaft“ vor. Ausgangspunkt war die These, dass die Weltwirtschaftskrise nicht auf Störungen im Produktionssektor zurückzuführen sei, sondern monetäre Ursachen habe. Die Beeinflussung der Krise müsse über eine Manipulierung der Preise ansetzen, wobei Woytinsky eine Absenkung der Mindestdeckungsreserven beim Goldvolumen befürwortete. Gegen seine Thesen, die auf der Sitzung des ADGB-Bundesvorstandes am 17. Juni 1931 vorgestellt wurden, erhoben sich sofort Bedenken. Der Bundesvorstand wünschte vor Veröffentlichung eine Überarbeitung des Papiers. Lothar Erdmann entschloss sich jedoch, die Thesen umgehend in der „Arbeit“ zu veröffentlichen und damit eine Fachdiskussion in Gang zu setzen.⁵² Noch im Juni-Heft der „Arbeit“ veröffentlicht er Woytinskys Aufsatz „Aktive Weltwirtschaftspolitik“. In ihm forderte Woytinsky die Beendigung der „Einlullung der Arbeiterschaft mit der sozialistischen Zukunftsmusik“ und die Beeinflussung der Wirtschaftskrise durch Einleitung einer durch internationale Währungsabsprache abgesicherten aktiven Konjunkturpolitik, die durch planmäßige Geldmittelschöpfung, Einschaltung zusätzlicher Kaufkraft sowie durch mit „deficit spending“ finanzierte staatliche Arbeitsmarktpolitik charakterisiert war. Die Kritik von Fritz Naphtali im Juli-Heft an Woytinskys Vorschlägen leitete eine intensive Diskussion ein, an der sich u.a. Gerhard Colm, Hans Arons und Walter Milne-Bailey beteiligten. Woytinsky nannte Erdmann rückblickend „the advocate of what became known as ‚active economic policy‘, built around two ideas – public works and support of prices through bank credits to finance these works“.⁵³

Auch auf sozialwissenschaftlichem Gebiet trat die „Arbeit“ mit bemerkenswerten Beiträgen hervor. Als Reaktion auf das spektakuläre Wahlergebnis der Nationalsozialisten bei den Reichstagswahlen vom 14. September 1930 veröffentlichte Erdmann im Oktober-Heft neben einer sozialstatistischen

⁵¹ Tagebucheintrag Erdmanns, 2. 12. 1933, vgl. Fischer: Versöhnung von Nation und Sozialismus?, S. 381.

⁵² Vgl. Schneider: Arbeitsbeschaffungsprogramm, S. 63 – 74; Fischer: Versöhnung von Nation und Sozialismus?, S. 156 – 160.

⁵³ Woytinsky: Stormy Passage, S. 464.

Wahlanalyse von Hans Neisser einen Aufsatz von Theodor Geiger, „Panik im Mittelstand“, der bis heute als „Klassiker“ der modernen soziologischen Wahlforschung gilt. Geigers Thesen stützten Erdmanns Überzeugung von der Dringlichkeit der Gewinnung des „neuen“ Mittelstands für die Sozialdemokratie. Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus unter verschiedenen Aspekten wurde 1932 mit weiteren Beiträgen von Hans Arons, Adam Hüfner, Jenny Radt und Svend Riemer fortgesetzt, wobei sich die Auseinandersetzung auch auf die Problematik der politisch desorientierten Mittelschichten erstreckte.

Wenn es um die Frage grundsätzlicher gesellschaftlicher Entwürfe ging, versuchte Erdmann auch, seinem Leserpublikum Meinungen nahe zu bringen, die dem gewerkschaftlichen Umfeld eher fremd oder auch aus politischen Gründen nicht nahestehend waren. So ließ er neben Autoren aus dem Kreis um die „Neuen Blätter für den Sozialismus“, vor allem Carl Mennicke und Eduard Heimann, vereinzelt auch den „Tat“-Kreis-Mitarbeiter Ernst Wilhelm Eschmann zu Wort kommen, ebenso den damals bereits dem italienischen Faschismus anhängenden Robert Michels. Dies bedeutete nicht, dass Erdmann grundsätzlich mit deren Aussagen übereinstimmte – er genoss es aber durchaus, auf diese Weise die innergewerkschaftliche und innerparteiliche Diskussion anzuregen und durch die Aufnahme bestimmter Artikel auch provozierend zu wirken. So wies er zwar darauf hin, dass er mit der von Mennicke und anderen geforderten weltanschaulich-religiösen Begründung politischen Handelns nicht übereinstimme. Unübersehbar war jedoch, dass der Kreis um die „Neuen Blätter“ in zahlreichen politischen Fragen ähnliche Ziele wie Erdmann vertrat: Dazu zählten Bemühungen um die Gewinnung der Mittelschichten, Forderungen nach einer offensiven und militanten Strategie der Sozialdemokratie gegenüber dem Nationalsozialismus, die Betonung des Nationalen und das Eintreten für eine aktive Konjunkturpolitik und den von den Gewerkschaften geforderten Ausbau der Wirtschaftsdemokratie.⁵⁴

Am „Tat-Kreis“ faszinierten Erdmann zweifellos die in diesem Zirkel gängige schneidende Polemik gegen den Kapitalismus wie auch gegen den „Parteisozialismus“, dem ein „deutscher Sozialismus“ gegenübergestellt wurde, die Hochschätzung „geistiger“ Werte, der hohe Stellenwert, der dem

⁵⁴ Vgl. Martin Martiny: Die Entstehung und politische Bedeutung der „Neuen Blätter für den Sozialismus“, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 25. Jg., 1977, Heft 3, S. 373 – 419; Barbara Stambolis: Der Mythos der jungen Generation. Ein Beitrag zur politischen Kultur der Weimarer Republik, phil. Diss., Bochum 1982, S. 139 ff.; Stefan Vogt: Der Antifaschismus der sozialdemokratischen Jungen Rechten. Faschismusanalysen und antifaschistische Strategien im Kreis um die „Neuen Blätter für den Sozialismus“, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 48. Jg., 2000, Nr. 11, S. 990 – 1011; ders.: Nationaler Sozialismus und Soziale Demokratie. Die sozialdemokratische Junge Rechte 1918 – 1945, Bonn 2006; Axel Schildt: National gestimmt, jugendbewegt und antifaschistisch – die Neuen Blätter für den Sozialismus, in: Michel Grunewald (Hrsg.): Le milieu intellectuel de gauche en Allemagne, sa presse et ses réseaux (1890 – 1960) = Das linke Intellektuellenmilieu in Deutschland, seine Presse und seine Netzwerke (1890 – 1960), Bern 2002, S. 363 – 390.

„Kriegserlebnis“ beigemessen wurde. Auch wenn Erdmann der Bevorzugung starker „Führungspersönlichkeiten“ nicht abgeneigt war, entsprachen jedoch die stark antidemokratischen Forderungen nicht seinen eigenen Überzeugungen. Nach einem Beitrag über „Lohngestaltung im faschistischen System“ erhielt Eschmann 1931 Gelegenheit, in einem Aufsatz im Rahmen der in der „Arbeit“ initiierten Mittelstandsdiskussion den marxistischen Klassenbegriff zu kritisieren und sein Konzept einer Synthese von Nation und Sozialismus vorzustellen. Auf Erdmann übten auch die Ideen Ernst Jüngers zeitweise eine große Anziehungskraft aus, wenngleich er in privaten Aufzeichnungen seine eigenen Anschauungen in bestimmten Punkten bewusst gegenüber Jünger abgrenzte: Er sei, notierte er, „kein kriegerischer Mensch (obwohl in keinem Sinne Pacifist [...]), kein Nationalist im Sinne von Jünger (aber doch ein überzeugter Bekenner des Grossmachtwillens Deutschlands und aus diesem Grund im Gegensatz zu den meisten Socialisten), unbeirrbarer Socialist (und infolgedessen in klarem Widerspruch zur Revolte des Individualismus, die im Nationalsozialismus zum Durchbruch gelangt), leidenschaftlicher Individualist (und daher in der Praxis jedem Kult des Gemeinschaftsgedankens abgeneigt ausser in der weiträumigen Fassung der Nation), Weltbürger (insofern ich Individualist in dem Grade bin, dass mir die freie Entwicklung der Nationen nebeneinander im freien Wettbewerb der Kräfte und gegenseitige Freude an ihrer besonderen Art ein geliebter Gedanke ist), Deutscher (weil ich bei aller Freude an anderen Völkern doch das meine mit einer mir selbst rätselhaften Unbedingtheit liebe) [...]“.⁵⁵

Bei den aktuellen politischen Themen, die in der „Arbeit“ diskutiert wurden, handelte es sich vor allem um Fragen, die in engem Zusammenhang mit Erdmanns Vorstellungen von „Nation“ standen. Eine überragende und grundsätzliche Bedeutung kam dabei der Revision des Versailler Vertrags und der Reparationsfrage zu. Wie für viele seiner Zeitgenossen war „Versailles“ für Erdmann das politische Trauma schlechthin. Wie in dieser Frage, so kritisierte Erdmann auch bei anderen „nationalen“ Themen immer wieder die Politik der SPD, die in seinen Augen zu international und „pazifistisch“ ausgerichtet war und den Stellenwert der Reparationsfrage für das nationale Selbstbewusstsein nicht hinreichend erkannte. Ein Einschwenken auf eine „nationalere“ Linie hielt er für absolut geboten, um den Zulauf zu den Nationalsozialisten einzudämmen.

Innerhalb des ADGB war Erdmann einer der Protagonisten einer Abkehr von der auch von den Gewerkschaften zunächst mitgetragenen „Erfüllungspolitik“, zu der es nach dem Desaster der Ruhrbesatzung auch kaum eine Alternative zu geben schien. Ab Ende 1930 drängte der ADGB jedoch auf eine Revision dieser Politik. Während für die Sozialdemokratie langfristige

⁵⁵ Tagbucheintrag Erdmanns, 20. 12. 1930, vgl. Fischer: Versöhnung von Nation und Sozialismus?, S. 328 f.

außenpolitische Überlegungen ein behutsames Vorgehen nahe legten, schwenkte der ADGB unter dem Druck der Wirtschaftskrise auf eine zunehmend radikalere Linie ein. Obwohl dadurch eine bedenkliche Nähe zu nationalsozialistischen Forderungen entstehen konnte, stützte Erdmann diese Linie, die seinen längst gehegten Absichten entsprach. Er plante ursprünglich, in der „Arbeit“ eine „internationale politische Debatte über Deutschland und das System von Versailles“ zu initiieren – ein Vorhaben, das in dieser Form (vermutlich mangels geeigneter und interessierter ausländischer Autoren) nicht verwirklicht werden konnte. Unter den in den folgenden Monaten erscheinenden Beiträgen befand sich auch ein Artikel des außenpolitischen Experten des ADGB, Franz-Josef Furtwängler, der durch die Maßlosigkeit seiner Sprache kritische Reaktionen provozierte.⁵⁶

Neben Versuchen zur Gewinnung des Mittelstandes und der Verwirklichung einer „aktiven“ Außenpolitik plädierte Erdmann für eine offensivere Wehrpolitik, d.h. die extensive Ausnutzung der im Friedensvertrag zugestandenen Möglichkeiten für den Ausbau der Wehrmacht und die Förderung paramilitärischer Maßnahmen, wie sie etwa in der Diskussion um die Beteiligung der Gewerkschaften am Freiwilligen Arbeitsdienst im „Reichskuratorium für Jugendertüchtigung“ eine Rolle spielten. Erdmann beteiligte sich an der internen Diskussion im ADGB und veröffentlichte im Septemberheft der „Arbeit“ von 1932 einen Artikel von Wolfgang Schwarz, „Kämpferische Abrüstungspolitik“, in dem der Autor unverhohlen die Empfehlung aussprach, bei den Abrüstungsverhandlungen die deutsche Position durch Aufrüstungsdrohungen zu stärken. Dies führte unmittelbar zur Konfrontation mit dem SPD-Vorsitzenden Otto Wels, der Erdmann in einer Sitzung der Reichskampfleitung der „Eisernen Front“ im Oktober 1932 deswegen kritisierte.⁵⁷

Die „Rundschau der Arbeit“

Die regelmäßig für die „Arbeit“ schreibenden ADGB-Mitarbeiter und viele der externen Autoren stellten in der Rubrik „Schriftenübersicht“ durch Buchbesprechungen kontinuierlich die neueste Fachliteratur ihrer Arbeitsgebiete vor. Durch die Aufnahme weiterer Spezialrubriken in die „Rundschau der Arbeit“ (zu denen neben dem wirtschafts- und sozialpolitischen Überblick regelmäßig ausführliche Berichte zu schul- und hochschulpolitischen Fragen, Themen der Arbeiterbildung und Angelegenheiten der Volkshochschulen zählten) erhielt die Zeitschrift in der Tat den Charakter einer „wahren Enzyklopädie aller Wissensgebiete“⁵⁸. Dieser Anspruch wurde durch die Anlage der Jahresregister unterstrichen, die ihrerseits durch Veränderungen in den

⁵⁶ Vgl. Hans Neisser an Lothar Erdmann, 2. 2. 1932, Bundesarchiv Berlin, NSDAP-Hauptarchiv, NS 026/000941, fol. 1; Fischer: Versöhnung von Nation und Sozialismus?, S. 171 – 179.

⁵⁷ Vgl. Fischer: Versöhnung von Nation und Sozialismus?, Tagebucheintrag Erdmanns, 22. 10. 1932 (CD-ROM-Fassung, S. 248).

⁵⁸ Franz Josef Furtwängler: Männer, die ich sah und kannte, Hamburg 1951, S. 129.

Begrifflichkeiten auch den Wandel in den Themen dokumentieren. So wurde z.B. der Oberbegriff „Gemeinwirtschaft“ zu „Gemeinwirtschaft und Wirtschaftsdemokratie“, die Rubrik „Konsumgenossenschaftsbewegung“ tauchte ab dem dritten Jahrgang nicht mehr auf. Ab 1931 wurde als einer der Unterbegriffe der „Deutschen Gewerkschaftsbewegung“ der Begriff „Innen- und Außenpolitik“ eingeführt, jedoch 1932 wieder aufgegeben (unter ihm wurden u.a. die auch unter anderen Oberbegriffen erfassten Aufsätze über den Nationalsozialismus und die Mittelstandsdiskussion aufgeführt).

Einen umfangreichen Raum nahmen in allen Jahrgängen Beiträge zur Bildungspolitik ein, von denen viele in der „Rundschau der Arbeit“ veröffentlicht wurden, andere allerdings auch als reguläre Aufsätze im Hauptteil. In der „Rundschau“ fanden sich u.a. die regelmäßig publizierten Berichte des Geschäftsführers der Volkshochschule von Groß-Berlin, Erwin Ernst Marquardt (geb. 1890). Marquardt war ab 1931 auch Geschäftsführer des Landesverbandes der Volkshochschulen von Brandenburg und Berlin und 1929 – 1933 Obermagistratsrat in Berlin.⁵⁹ Er informierte über die Entwicklung an den Volkshochschulen und Konzepte der Erwachsenenbildung. Mit der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit befassten sich u.a. Beiträge des ADGB-Bildungssekretärs Otto Heßler. Die Berichte, Buchbesprechungen und Artikel zu Fragen der Bildungspolitik nahmen im Lauf der Jahre zu. So veröffentlichte die „Arbeit“ nicht nur Berichte über gewerkschaftliche Bildungseinrichtungen, die Rolle der Berufsschulen oder Bildungsmöglichkeiten für Erwerbslose – auch Vorschläge zur Überwindung der Theaterkrise in Deutschland, Beiträge über die Bedeutung der „Prerower Formel“ für die Erwachsenenbildung⁶⁰, über die Überfüllung der Hochschulen, die politischen Organisationen der Studenten oder die Demokratisierung der Bildungswege und über den intensiv diskutierten freiwilligen Arbeitsdienst fanden sich darunter. Allein in den Jahrgängen 1931 und 1932 wurden insgesamt 59 bzw. 62 Einzelbeiträge unter diesem Stichwort ausgewiesen. Dies war kein Zufall, denn für Lothar Erdmann war Arbeiterbewegung zu einem ganz wesentlichen Teil Bildungsbewegung. Arbeiterbildung war seiner Meinung nach im Rahmen der nationalen Erziehungsaufgaben zu sehen, sie sollte die kulturelle Einheit der Nation, die „Volkskulturgemeinschaft“, herstellen.

Dabei lenkte die Redaktion der „Arbeit“ die Aufmerksamkeit der Leser auch auf die Umtriebe der Nationalsozialisten an den deutschen Hochschulen. Im Juli 1932 prangerte Martin Böttcher in der

⁵⁹ Vgl. Dietrich Urbach: Erwin Ernst Marquardt, in: Günther Wolgast / Joachim H. Knoll (Hrsg.): Biographisches Handwörterbuch der Erwachsenenbildung. Erwachsenenbildner des 19. und 20. Jahrhunderts, Stuttgart / Bonn 1986, S. 259 f; ders.: Die Volkshochschule Groß-Berlin 1920 – 1933, Stuttgart 1971, S. 49 f.

⁶⁰ Unter diesem Stichwort wird ein eher pragmatisch ausgerichtetes Konzept der Erwachsenenbildung begriffen, das mit einer Abkehr von idealistischen Vorgaben und Gemeinschaftsideologien verbunden war.

Unterrubrik „Hochschulpolitik“ einen Vorfall in Berlin an, wo nationalsozialistische Studenten den Rektor aufgefordert hatten, die jüdischen Kommilitonen vom Universitätsbesuch auszuschließen. Im Januar-Heft 1933 berichtete derselbe Autor über die gegen den jüdischen Rechtsprofessor Ernst Cohn in Breslau gerichteten Ausschreitungen und kritisierte im März-Heft, dem letzten Heft der „Arbeit“, die Gleichschaltung der Hochschulen und die Ausschaltung jüdischer Dozenten und anerkannter Wissenschaftler.

„Die Arbeit“ und das Ende der Weimarer Republik

In den letzten Monaten der Weimarer Republik war Erdmann mehrfach an direkten und indirekten Sondierungsgesprächen beteiligt, die zwischen Gewerkschaften, verschiedenen gesellschaftlichen und politischen Gruppierungen und der Reichsregierung während der Kabinette von Papen und Schleicher stattfanden. Viele der „Planspiele“ der letzten Wochen beschäftigten auch ihn – von der Änderungen der Verfassung bis zu einem neuen Verhältnis der Gewerkschaften zum Staat. Nach dem Rücktritt der Regierung Schleicher und der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 rief die ADGB-Führung bei gleichzeitiger Beteuerung der prinzipiellen Gegnerschaft zur neuen Regierung zu Zurückhaltung und Besonnenheit auf – weitergehende Maßnahmen, wie etwa die Ausrufung des Generalstreiks, der als äußerstes Mittel zu den oft beschworenen letzten „Waffen“ der Arbeiterbewegung gehörte, wurden nicht mehr ernsthaft in Betracht gezogen. Für die Arbeiterorganisationen, die durch Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit und durch die Spaltung in Kommunisten und Sozialdemokraten ohnehin geschwächt waren, war dies – nicht zuletzt mit Blick auf die Schlägertrupps der Nationalsozialisten und die illusionslose Einschätzung der Rolle der Reichswehr – keine Option mehr. Obwohl 1933 die Situation Wirklichkeit geworden war, die auch von den Gewerkschaften stets als die schlimmstmögliche und die Arbeiterbewegung in ihrer Existenz bedrohende politische Konstellation angesehen worden war, gab sich die ADGB-Führung zunächst noch der Illusion hin, die gewerkschaftlichen Organisationen in den „neuen“ Staat hinüberretten zu können – wenn auch vielleicht in veränderter Form.

Während sich die Januar- und Februar-Hefte der „Arbeit“ von 1933 u.a. mit Fragen der Planwirtschaft und dem berufsständischen Gedanken (Januar-Heft) bzw. „Gewerkschaften und politische Willensbildung“ (Februar-Heft) befassten und Anspielungen auf die neue politische Situation in den Hauptbeiträgen nur sehr indirekt platziert wurden, plante Lothar Erdmann seit mehreren Monaten, wieder einen größeren programmatischen Aufsatz für die „Arbeit“ zu verfassen.

Insbesondere seit Mitte März 1933 arbeitete er intensiv daran.⁶¹ Als der Beitrag dann in der veränderten politischen Lage im letzten Heft der Arbeit, am 28. April 1933, unter dem Titel: „Nation, Gewerkschaften und Sozialismus“ erschien⁶², erhielt die darin erneut vorgetragene Kritik an der „pazifistischen“ Politik der SPD und insbesondere der Parteilinken (deren Vertreter sich zum Teil bereits auf der Flucht, in der Illegalität oder in Haft befanden) nun die Form einer „Generalabrechnung“ und damit zusätzliches politisches Gewicht.

Für die Gewerkschaften sah Erdmann durchaus eine Zukunft im „Dritten Reich“. Der Sieg der Nationalsozialisten bedeute zwar das Ende der Demokratie, doch keineswegs das Ende der von den *Gewerkschaften* vertretenen sozialistischen Idee. Die Gewerkschaften hätten ihre Bereitschaft erklärt, am neuen Staat mitzuarbeiten. Auch wenn sie im nationalsozialistischen Staat einiges aufgeben müssten, bräuchten sie ihre Devise „Durch Sozialismus zur Nation“ nicht zu ändern. Erdmann drückte zudem seine Überzeugung aus, dass das bisher vollbrachte Werk der Gewerkschaften einen „nationalen Wert“ auch für die neuen Machthaber darstelle, den diese schon im eigenen Interesse erhalten müssten.⁶³

Der in Erdmanns Aufsatz signalisierte Verzicht auf einen „demokratischen“ Sozialismus zugunsten eines „nationalen“ war die theoretische Begleitung der Versuche Leiparts und anderer Mitglieder des ADGB-Bundesvorstandes, die gewerkschaftlichen Organisationen in veränderter Form in das „Dritte Reich“ hinüberzuretten.

Doch weder Erdmanns Hoffnungen noch die Erwartungen der ADGB-Führung gingen in Erfüllung. Nachdem im Frühjahr 1933 immer wieder Gewerkschaftshäuser überfallen, Funktionäre misshandelt, inhaftiert oder ermordet worden waren, wurde wenige Tage nach dem Erscheinen der letzten Nummer der „Arbeit“, am 2. Mai 1933, auch die ADGB-Zentrale in Berlin von den Nationalsozialisten besetzt, die anwesenden Mitglieder des Bundesvorstandes und nahezu alle anwesenden Mitarbeiter verhaftet. Lothar Erdmann entging diesem Schicksal. Am 3. Mai 1933 wurde er „vorläufig außer Dienst gestellt“. Die Gründe für dieses Vorgehen sind nicht erkennbar; unter den Verhafteten befanden sich neben Theodor Leipart und anderen Vorstandsmitgliedern auch Vertreter der „Jungen“ aus dem Mitarbeiterstab des Bundesvorstandes.⁶⁴

⁶¹ Vgl. Tagebucheintragen Erdmanns, 18.12.1932, 8. 1. 1933, 24. 1. 1933, Fischer: Versöhnung von Nation und Sozialismus?, CD-ROM-Fassung, S. 255; S. 257f..

⁶² Lothar Erdmann: Nation, Gewerkschaften und Sozialismus, in: Die Arbeit, 10. Jg., 1933, Heft 3, S. 129 – 161.

⁶³ Erdmann: Nation, Gewerkschaften und Sozialismus, in: Die Arbeit, 10. Jg., 1933, Heft 3, S. 161.

⁶⁴ Vgl. Fischer: Versöhnung von Nation und Sozialismus?, S. 214 – 219; Gerhard Beier: Zur Entstehung des Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften Ende April 1933, in: Archiv für Sozialgeschichte, 15. Jg., 1975, S. 365 –

Nach dem Sieg der Nationalsozialisten waren viele der ehemaligen Mitarbeiter und Autoren der „Arbeit“ gezwungen, Deutschland zu verlassen: Fritz Baade gelang die Ausreise über die Tschechoslowakei nach Ankara, Alfred Braunthal flüchtete nach Brüssel und ging später in die USA. Auch Gerhard Colm, Eduard Heimann und Adalbert Halasi emigrierten in die USA, ebenso das Ehepaar Hermberg, das zunächst nach Kolumbien geflüchtet war, und Jakob Marschak, dessen Emigrationsweg über England in die USA führte. Fritz Naphtali ging – nach zeitweiser Inhaftierung – bereits 1933 nach Palästina. Carl Mennicke suchte Zuflucht in den Niederlanden, wurde in das KZ Esterwegen verschleppt, überlebte jedoch die NS-Zeit. Ferdinand Tönnies starb nach seiner Entlassung als Hochschullehrer und der Sperrung seiner Ruhestandsbezüge 1936 verarmt in Kiel.

Auch einige von Erdmanns Kollegen im ADGB-Bundesvorstand flüchteten ins Ausland: Wladimir Woytinsky emigrierte schon 1933 in die USA, Hans Arons, der offensichtlich im Zusammenhang mit dem November-Pogrom 1938 verhaftet und in das KZ Sachsenhausen verschleppt worden war, gelang die Ausreise in die USA erst im Juli 1939. Karl Meyer-Brodnitz ging 1935 nach Palästina. Gertrud Hanna nahm sich unter dem Eindruck von Drohungen und Drangsalierungen durch die NS-Behörden 1944 das Leben. Hingegen wechselte Clemens Nörpel auf die Seite des neuen Regimes, wurde Mitarbeiter des Arbeitswissenschaftlichen Instituts der Deutschen Arbeitsfront und war ab 1941 Mitglied der NSDAP.⁶⁵ Walter Pahl ging 1933 in die Schweiz, anschließend nach England, kehrte aber 1935 nach Deutschland zurück, wo er u.a. für NS-Institutionen Schriften über geopolitische Themen publizierte.⁶⁶ Franz Furtwängler war ab Oktober 1934 bis 1938 bei einer Erdölraffinerie in Ungarn, nach Kriegsbeginn als Berichterstatter des Auswärtigen Amtes in Ostasien tätig.⁶⁷

392; Quellen zur Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Bd. 4, Dokument 208, S. 904 – 906; vgl. Heinrich August Winkler: Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Berlin / Bonn 1987, S. 920 – 923; Michael Schneider: Unterm Hakenkreuz. Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939, Bonn 1999, S. 88 f.; Henryk Skrzypczak: Das Ende der Gewerkschaften, in: Wolfgang Michalka (Hrsg.): Die nationalsozialistische Machtergreifung, Paderborn 1984, S. 97 – 110; ders.: Die Ausschaltung der Freien Gewerkschaften 1933, in: Erich Matthias / Klaus Schönhoven (Hrsg.): Solidarität und Menschenwürde. Etappen der deutschen Gewerkschaftsgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart, Bonn 1984, S. 262, S. 266.

⁶⁵ Vgl. Linne: Clemens Nörpel, S. 92 – 100; AdsD, Sammlung Personalien, Clemens Nörpel (u.a. Fragebogen und Aufnahmeerklärung für den Verband Deutscher Schriftsteller e.V., 8. 12. 1933; Schreiben an den Reichsverband Deutscher Schriftsteller, 3. 3. 1934). Zu Nörpels Verhalten in der NS-Zeit vgl. auch Tagebucheintragung Erdmanns, 31. 5. 1935; 3. 6. 1935 (Fischer: Versöhnung von Nation und Sozialismus?, CD-ROM-Fassung, S. 415f., 418).

⁶⁶ Vgl. Linne: Walter Pahl, S. 46 ff.

⁶⁷ Vgl. AdsD (DGB-Archiv), Nachlass Franz Josef Furtwängler, 1, „Lebenslauf“; Brief Franz Josef Furtwängler an Martin Plettl und Frau Heinrich, 28. 6. 1936, ebenda, Nachlass Martin Plettl, 1/MPAA000002. Vgl. Brunner: Bürokratie und Politik, S. 135.

Lothar Erdmann selbst gelang es in den folgenden Jahren nicht, noch einmal in einem Beruf Fuß zu fassen. Bis zu seiner Ermordung durch die Nationalsozialisten im Jahr 1939 versuchte er vergeblich, durch das Schreiben von Zeitungs- und Zeitschriftenartikeln wieder in ein festes Arbeitsverhältnis zu kommen. In seinen privaten Aufzeichnungen setzte er sich immer wieder mit dem Scheitern der Weimarer Republik und dem Charakter des Nationalsozialismus auseinander. Dabei blieb er auch rückblickend bei seiner Kritik an der Sozialdemokratie in der Weimarer Republik, die seiner Meinung nach durch ihre zu wenig an machtpolitischen und „nationalen“ Erfordernissen ausgerichtete Politik dieses Feld den Nationalsozialisten überlassen habe. Die Verbrechen des NS-Regimes an Juden und politisch Andersdenkenden lastete er in Umkehr der eigentlichen Verantwortlichkeit der Politik der Linken in der Weimarer Republik an – eine „Strafe“, die nun Unschuldige treffe. Er war auch überzeugt, dass die Demokratie in Deutschland eine Staatsform sei, die aufgrund der Erfahrungen mit dem „schwachen“ Staat von Weimar in absehbarer Zukunft nicht mehr wiederkommen werde und deren Wiedereinführung auch nicht wünschenswert sei. Infolgedessen war es für ihn auch konsequent, sich von illegalen Aktionen gegen das Regime fernzuhalten. Auch die Emigration kam für ihn nicht in Frage. Abgesehen von den damit verbundenen Problemen für sich und seine Familie fühlte er sich zu sehr als „Deutscher“, um diese Möglichkeit ernsthaft in Erwägung zu ziehen. Im Gegensatz zu einigen anderen früheren Gewerkschaftsmitarbeitern (z.B. Hermann Seelbach, Walter Pahl, Clemens Nörpel) spielte er allerdings auch nie mit dem Gedanken, sich den Nationalsozialisten anzuschließen oder sich unter den gegebenen politischen Rahmenbedingungen dem „neuen Staat“ zur Verfügung zu stellen – er rechnete sich vielmehr zu den „Unzeitgemäßen“ und Außenstehenden.

Erdmanns Verhältnis zum NS-Regime war kompliziert und ambivalent. Aufgrund des hohen Stellenwerts, den nationale Fragen für ihn hatten, glaubte er, bestimmte „Erfolge“ der neuen Machthaber vor allem auf außenpolitischem Gebiet und mit Blick auf die machtpolitische Stellung Deutschlands, die ihm so viel bedeutete, positiv werten zu müssen. Andererseits fühlte er sich vom nationalsozialistischen Weltbild, vor allem von dessen Antisemitismus, abgestoßen. Bei der Volksabstimmung im August 1934 rechnete er sich zu den Menschen, die „zu Deutschland Ja sagen“ wollten, aber nicht zum Nationalsozialismus, so wie er sich zu diesem Zeitpunkt darstellte.⁶⁸ In den Anfangsjahren des Regimes hoffte er auf eine „Läuterung“ des Nationalsozialismus in innenpolitischer Hinsicht, wobei nach seiner Überzeugung das Verbot der politischen Parteien und die Gleichschaltung vieler Lebensbereiche nicht nur negativ zu beurteilen war. Sehr viel mehr

⁶⁸ Tagebucheintragung Erdmanns, 29. 8. 1934, zit. Fischer: Versöhnung von Nation und Sozialismus?, CD-ROM-Fassung, S. 361.

bedrückten ihn die Abschaffung der „geistigen Freiheit“ und Pluralität und die Eingriffe im Bereich von Literatur, Kunst und Kultur.⁶⁹

Bei Kriegsbeginn, am 1. September 1939, wurde Lothar Erdmann in seinem Wohnhaus in Berlin-Tempelhof festgenommen, anschließend vermutlich ins Polizeipräsidium am Alexanderplatz gebracht und einige Tage später gemeinsam mit ca. 40 anderen Verhafteten in das KZ Sachsenhausen verschleppt. Als bei der Aufnahme der Neuangekommenen ein neben ihm stehender älterer Gewerkschafter misshandelt wurde, protestierte Erdmann und lenkte damit die Aufmerksamkeit auf seine eigene Person. In den folgenden Tagen wurde er nahezu ununterbrochen gequält und gefoltert. Er starb am 18. September 1939 an den Folgen der schweren Folterungen.⁷⁰

Mit seinem Versuch, humanistische Überzeugungen, soziale Gerechtigkeit und traditionelle nationale und machtpolitische Wertvorstellungen in Einklang zu bringen, war Lothar Erdmann gescheitert. In seiner Funktion als Redakteur der „Arbeit“ aber war es ihm fast ein Jahrzehnt lang gelungen, zeitgenössische Strömungen in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften wie in einem Fokus zu sammeln und seinen Lesern zu präsentieren sowie Impulse für die sozial- und wirtschaftspolitische Diskussion innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften zu geben. Damit stellt „Die Arbeit“ eine herausragende Quelle zur Erforschung der politischen Diskussion in der Weimarer Republik dar.

⁶⁹ Vgl. Fischer: *Versöhnung von Nation und Sozialismus?*, S. 214 – 258; Tagebucheintragungen Erdmanns, ebenda, S. 375 – 450; CD-ROM-Fassung, S. 260 – 522.

⁷⁰ Fischer: *Versöhnung von Nation und Sozialismus?*, S. 258 – 267; ebenda, Anhang, Elisabeth Erdmann-Macke über Lothar Erdmann in den Jahren 1933 – 1939, S. 452 – 469; Schröder: *Lothar Erdmann*, in: Mielke (Hrsg.): *Gewerkschafter in den Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenhausen*, Bd. 1, S. 56 – 67. Richard Seidel: *In Memoriam Lothar Erdmann*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, 1. Jg., 1950, Heft 1, S. 1 – 6; Christl Wickert u.a. (Bearb.): *Der Freiheit verpflichtet. Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert*, hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Marburg 2000, S. 90; Schneider: *Unterm Hakenkreuz*, S. 1028 f.; H. G. van Dam / Ralph Giordano (Hrsg.): *KZ-Verbrechen vor deutschen Gerichten. Dokumente aus den Prozessen gegen Sommer (KZ Buchenwald), Sorge, Schubert (KZ Sachsenhausen), Unkelbach (Ghetto in Czenstochau)*, Frankfurt a. M. 1962, S. 183, 429, 233 f.